



Hamburg — Stadt mit Courage

Landesprogramm zur Förderung demokratischer Kultur,
Vorbeugung und Bekämpfung von Rechtsextremismus

Hamburg – Stadt mit Courage

**Hamburg – Stadt mit Courage:
Landesprogramm
zur Förderung demokratischer Kultur,
Vorbeugung und Bekämpfung
von Rechtsextremismus**



Inhaltsverzeichnis

0. Vorbemerkung	4
I. Einleitung	5
1. Anlass zum Handeln	5
2. Ausgangslage	6
II. Erscheinungsformen und Ursachen von Rechtsextremismus	7
1. Rechtsextremismus als Ideologie der Ungleichwertigkeit	7
2. Formen des organisierten Rechtsextremismus	8
3. Menschenfeindliche Einstellungen in der Gesellschaft	10
4. Ursachen	14
5. Schlussfolgerungen	16
III. Konzeptioneller Rahmen	17
IV. Beteiligungsverfahren	19
V. Handlungsschwerpunkte	20
1. Anfeindungen im öffentlichen Raum begegnen und Vorurteilen vorbeugen	21
2. Kinder und Jugendliche fördern und sensibilisieren	24
3. Institutionen unterstützen und Betroffene stärken	27
4. Vernetzung fördern, Kompetenzen bündeln	29
VI. Umsetzung und Verstetigung	31
VII. Quellennachweis	32

Abkürzungsverzeichnis

Abkürzung	Erklärung
AGG	Allgemeines
BASFI	Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration
BIS	Behörde für Inneres und Sport
BMFSFJ	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
BNW	Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus
BSB	Behörde für Schule und Berufsbildung
Drs	Drucksache
FES	Friedrich-Ebert-Stiftung
GAR	Gemeinsames Abwehrzentrum gegen Rechtsextremismus/Rechtsterrorismus
GMF	Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit
HAW	Hochschule für Angewandte Wissenschaften
HBK & WWT	Hamburger Nationalkollektiv & Weisse Wölfe Terrorcrew
IKG	Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Uni Bielefeld
JIZ	Jugendinformationszentrum
KIAR	Koordinierte Internetauswertung Rechtsextremismus
LI	Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung
MBT	Mobiles Beratungsteam
NL	Nationale Liste
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
NSU	Nationalsozialistischer Untergrund
PMK-Rechts	Politisch motivierte Kriminalität - Rechts
RISE	Rahmenprogramm Integrierte Stadtteilentwicklung
VHS	Volkshochschule

0. Vorbemerkung

Das vorliegende Landesprogramm ist Ausdruck eines politischen Willens und zugleich Ergebnis eines gesellschaftlichen Diskurses: Obgleich Hamburg eine Stadt ist, in der Vielfalt gelebt und geschätzt wird – wie können wir ein tolerantes Miteinander weiter fördern? Wie können wir Rechtsextremismus und anderen Formen der Menschenverachtung begegnen?

Dieser gesamtgesellschaftliche Wille fand seinen Ausdruck in der interfraktionellen, interreligiösen und institutionenübergreifenden Kooperation anlässlich der Vorbereitungen zu der gemeinsam getragenen Veranstaltung am 2. Juni 2012 auf dem Rathausmarkt und der gemeinsamen Unterzeichnung des Aufrufs von „Hamburg bekennt Farbe“ (s. Anlage I). Der Rathausmarkt – als Symbol des öffentlichen Lebens in dieser Stadt – wurde an diesem Tag von über 10.000 Hamburger Bürgerinnen und Bürgern aktiv genutzt und belebt. Die Hamburgerinnen und Hamburger bekannten an diesem Tag im wahrsten Sinne des Wortes Farbe für Toleranz, Demokratie und Vielfalt.

Die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner des Aufrufs haben sich in einer Sitzung am 27. September 2012 darauf verständigt, als maßgeblicher „Unterstützerkreis“ die Entwicklung und Umsetzung des Landesprogramms konstruktiv zu begleiten. Der Senat würdigt dieses Engagement ausdrücklich, bietet er für die weitere Entwicklung und Förderung der demokratischen Kultur Hamburgs doch eine herausragende Chance.

Entsprechend der im Frühsommer 2012 im Unterstützerkreis geführten Diskussion, sich als Stadt gemeinschaftlich vor allem **für** und nicht nur gegen etwas zu positionieren, trägt das Landesprogramm den Namen

Hamburg – Stadt mit Courage

**Landesprogramm zur Förderung
demokratischer Kultur, Vorbeugung und Bekämpfung von Rechtsextremismus.**

I. Einleitung

1. Anlass zum Handeln

Hamburg ist eine weltoffene Stadt, die „im Geiste des Friedens eine Mittlerin zwischen allen Erdteilen und Völkern der Welt sein“ will (Hamburgische Verfassung von 1952). Unsere Stadt ist seit jeher geprägt von einem großen zivilgesellschaftlichen und staatlichen Engagement für Toleranz und demokratisches Miteinander. Dies wurde zuletzt eindrucksvoll am 2. Juni 2012 deutlich, als mehr als 10.000 Hamburgerinnen und Hamburger im Herzen der Stadt – auf dem Rathausmarkt – Farbe für ihre Demokratie, für Toleranz und Vielfalt bekannt und damit bundesweit ein Zeichen gesetzt haben. Hamburgs Engagement gegen Rechtsextremismus auf staatlicher und zivilgesellschaftlicher Ebene wird auch an der Beteiligung am Bundesprogramm „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ deutlich. In diesem Rahmen haben sich insbesondere das Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus (BNW) sowie das Mobile Beratungsteam (MBT) bewährt.

Dieses Engagement ist weiterhin nötig – und muss mitunter noch intensiviert werden. Die unverminderte Virulenz des Rechtsextremismus wurde auf erschütternde Weise mit Bekanntwerden der Morde des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) deutlich. Auch Autonome Nationalisten, eine sich radikalisierte Szene von Islamhassern sowie neue Aktionsformen des Rechtsextremismus fordern eine breite Aufmerksamkeit. Die konsequente Durchsetzung des Strafrechts sowie das geplante NPD-Verbot sind im Kampf gegen Rechtsextremismus wichtig, reichen aber nicht aus. Erforderlich ist auch eine dauerhafte Sensibilisierung zentraler Multiplikatorinnen und Multiplikatoren sowie der gesamten Gesellschaft.

Der Senat kann und darf hier keine Vorgaben machen oder gar Zielwerte festlegen. Aber er kann das vorhandene Engagement in der Zivilgesellschaft unterstützen und dazu ermutigen, dem Beispiel verschiedener gesellschaftlicher Initiativen, der Parteien, der Gewerkschaften, der Sportvereine oder auch der Kirchen zu folgen, die sich seit Langem für ein demokratisches und tolerantes Miteinander in Hamburg einsetzen.

Dies geschieht im Rahmen des vorliegenden Landesprogramms. Es konzentriert sich auf

1. die Auseinandersetzung mit und Vorbeugung von Rechtsextremismus und menschenverachtenden Anfeindungen im öffentlichen Raum,
2. die Stärkung, Förderung und Sensibilisierung von Kindern und Jugendlichen,
3. die Unterstützung von Institutionen und individuell Betroffenen,
4. die Förderung von Vernetzung und die Bündelung von Kompetenzen.

Mit diesen Schwerpunktthemen richtet sich das Landesprogramm genauso an den Staat und die Verwaltung wie auch an Einrichtungen und Organisationen, die in Hamburg das religiöse, wirtschaftliche und gesamte gesellschaftliche Leben prägen und gestalten, aber auch an alle Bürgerinnen und Bürger. Wenn Hamburg eine „Stadt mit Courage“ sein will, ist das beherzte Eintreten für soziale Werte gefordert. Jede und jeder kann Mut für mehr Miteinander aufbringen: Indem man eigene Vorurteile hinterfragt. Indem man Vorbild ist für andere. Indem man sich an politischen und gesellschaftlichen Gestaltungsprozessen beteiligt. Indem man für die Werte der Demokratie eintritt – auf der Straße ebenso wie im Internet.

Folgerichtig liegt der Konzeption ein umfassendes Beteiligungsverfahren zugrunde. Diese Beteiligung ist ein wichtiger Beitrag zur Sensibilisierung und Aktivierung für das Thema und damit integraler Bestandteil des Landesprogramms und soll auch in der Umsetzungsphase mit einzelnen Akteurinnen und Akteuren fortgesetzt werden.

Rechtsextremismus¹ und andere Formen von Menschenverachtung richten sich mitnichten nur gegen Menschen mit Migrationshintergrund: Opfer rechtsextremer Gewalt oder Anfeindungen werden auch Obdachlose, Menschen mit Behinderung oder Personen, die aufgrund ihrer Religion, ihrer sexuellen Orientierung, ihrer geschlechtlichen Identität, ihrer Weltanschauung oder ihres gesellschaftlichen Status in dieser Ideologie als minderwertig angesehen werden. Weil allen diesen Taten dieselben Vorstellungen einer vermeintlichen Ungleichwertigkeit der Menschen zugrunde liegen, verzichtet das Landesprogramm auf spezielle Maßnahmen für jede einzelne Opfer-/Täterkategorie. Vielmehr verfolgt es das Ziel, Rechtsextremismus und Menschenverachtung in jedweder Form zu begegnen.

2. Ausgangslage

Die gesellschaftspolitische Auseinandersetzung mit der deutschen Geschichte folgt dem Leitgedanken, dass sich die Geschehnisse des „Dritten Reiches“ nie mehr wiederholen dürfen. Gleichwohl lebt die Ideologie des Nationalsozialismus in einigen Gruppierungen ganz oder teilweise fort.

Insgesamt wurden im Jahr 2012 in Hamburg 403 Straftaten aus dem Bereich der Politisch Motivierten Kriminalität – Rechts (PMK-Rechts) registriert. Hiervon waren 396 Taten als rechtsextremistisch einzustufen. Von diesen Taten bilden Propagandadelikte, wie z.B. Hakenkreuz-Schmierereien, mit 253 Taten den größten Anteil. Die Anzahl von 403 Straftaten der PMK-Rechts ist eine deutliche Steigerung gegenüber den Vorjahren (2011: 312 Straftaten), die zum einen auf den 2. Juni 2012 zurückzuführen ist, als sich Rechtsextreme aus dem gesamten Bundesgebiet in Hamburg zu einer demonstrativen Aktion versammelten. Zum anderen ist von einem erhöhten Anzeigeverhalten auszugehen, resultierend aus einer erhöhten Sensibilität von Opfern, Polizei sowie Zeuginnen und Zeugen nach den Ereignissen im Zusammenhang mit dem rechtsterroristischen NSU und dem NPD-Verbotsverfahren. Mit 44,9 % konnte fast die Hälfte der Taten aufgeklärt werden (2011: 36 %).

Das Personenpotenzial der rechtsextremen Szene geht in Hamburg stetig zurück: 2012 gab es in Hamburg rund 330 Personen², die rechtsextremen Parteien oder Organisationen zugehörig sind. Das entspricht einem Rückgang von über einem Viertel allein im Vergleich zum Jahr 2011 (450 Personen), 2003 waren es noch 590 Personen. Von den aktuell 330 Personen sind 180 als gewaltorientiert einzustufen. Eine Reihe über Hamburgs Grenzen hinaus aktiver Neonazis stammt aus der Hansestadt, darunter auch bundesweit wichtige Aktivisten und Akteure.

Jenseits dieser strafrechtlich relevanten Aktivitäten suchen die Strategen des Rechtsextremismus und rechtsextremer Strömungen nach Anschlussmöglichkeiten an die sogenannte gesellschaftliche Mitte. Dabei nutzen sie bestehende Konflikte als Anknüpfungspunkte für ihre Ideologie, beispielsweise durch Kommentierung aktueller Ereignisse im Internet oder Solidarisie-

¹ Zur näheren Begriffsbestimmung siehe II.1.

² Jahresbericht des Hamburger Landesamtes für Verfassungsschutz 2012.

rungsaktionen mit Bürgerinitiativen. Sie machen sich dabei vorhandene Vorurteile und Ressentiments gegenüber Fremdgruppen zunutze.

„Der Anschluss an bürgerliche Milieus wird immer häufiger durch Frauen hergestellt, die teilweise sehr bewusst Berufe wie Lehrerin oder Erzieherin ausüben, um rechtes Gedankengut in die Erziehung von Kindern einzubringen. Durch unverfängliches Verhalten gewinnen sie das Vertrauen ihrer Umwelt und wirken imagefördernd für ihre Organisation.“³

Bestandteile rechtsextremer Ideologie sowie andere Formen von Menschenverachtung sind in allen Schichten und Milieus nachweisbar (siehe Abschnitt II.3).⁴ Auch wenn z.B. die Ausländerfeindlichkeitswerte für Hamburg zu den niedrigsten im Ländervergleich zählen, muss weiterhin dafür gesorgt werden, dass es keine Spaltung in „wir“ und „die Anderen“ gibt und Hamburg eine Stadt bleibt, in der die Menschen sich gegenseitig ohne Einschränkung akzeptieren und respektieren. Entsprechende Präventionsmaßnahmen setzen dabei die Kenntnis der Erscheinungsformen und Ideologie, vor allem aber der Ursachen von Rechtsextremismus voraus.

II. Erscheinungsformen und Ursachen von Rechtsextremismus

1. Rechtsextremismus als Ideologie der Ungleichwertigkeit

Rechtsextremismus ist ein von Ungleichwertigkeitsvorstellungen geprägtes Einstellungsmuster, das ggf. die Basis für konkretes Verhalten bildet, z.B. Wahlentscheidungen, Teilnahme an Demonstrationen oder Straftaten.⁵ Dieses Muster setzt sich aus folgenden Bestandteilen zusammen:

- Nationalismus;
- Ausländer-/Fremdenfeindlichkeit und Ethnozentrismus, d.h. eine starke Selbstbezogenheit auf die eigene Gruppe (z.B. das „deutsche Volk“) sowie deren Überbewertung. Aus dieser Fixierung folgt eine verzerrte Wahrnehmung anderer Gruppen;
- Rassismus und/oder Ethnopluralismus, der „Rasse“ durch „Kultur“ als Abgrenzungs- und Abwertungskategorie ersetzt. Typische Argumentationsmuster warnen vor der „Überfremdung“ der eigenen Kultur durch Migration;
- Sozialdarwinismus, d.h. eine Übertragung biologischer Prinzipien aus der Evolutionstheorie auf Gesellschaften. Demnach seien auch Gesellschaften von permanenter Rivalität geprägt. Dieser Ausleseprozess führe die Besten an die Spitze. Wer gesellschaftlich „unten“ ist, befindet sich in dieser Logik zu Recht dort;
- Antisemitismus in allen Varianten; dies betrifft neben der offenen Judenfeindlichkeit auch den sekundären Antisemitismus, der sich explizit auf das Wissen um den Holocaust gründet. Er umfasst insbesondere Unterstellungen, Juden würden ihre Opferrolle ausnutzen sowie die Behauptung eines angeblichen Tabus der Israelkritik;

³ Vgl. dazu Andrea Röpke/Andreas Speit: Mädel Sache! Frauen in der Neonazi-Szene (2011)

⁴ Decker/Kiess/Brähler (2012); vgl. dazu auch Heitmeyer (2012).

⁵ Vgl. hierzu und im Folgenden Stöss 2010: 20 und 57. Diese Definition entspricht der in den Sozialwissenschaften mehrheitlich vertretenen Position, die auch Haltungen und Einstellungen der Menschen einbezieht. Die Arbeitsdefinition des Verfassungsschutzes umfasst weitgehend dieselben ideologischen Kernelemente, sie setzt aber erst dort an, wo Einstellungen in konkretes, gegen Schutzgüter der freiheitlichen demokratischen Grundordnung gerichtetes Handeln umgesetzt werden (vgl. §§ 4,5 des Hamburgischen Verfassungsschutzgesetzes) und ist daher weniger weitreichend.

- Verharmlosung oder Rechtfertigung des Nationalsozialismus;
- Befürwortung einer Diktatur und damit Ablehnung von Pluralismus und Demokratie;
- Sexismus, Homo- und Transphobie;
- Gewaltakzeptanz.

Die Erscheinungsformen von Rechtsextremismus sind zwar vielfältig, ihr ideologischer Kern aber ist einheitlich: Menschen seien nicht nur unterschiedlich, sondern auch unterschiedlich viel wert. In dieser Logik scheint es folgerichtig, „minderwertige“ Menschen auch schlechter zu behandeln oder gar auszugrenzen und auszusondern. Solche Ungleichwertigkeitsvorstellungen sind keine bloße Meinung oder simple Vorurteile. Sie zielen auf eine gänzlich andere Gesellschaftsordnung, der eine mit sozialen, nationalen oder kulturellen Unterschieden begründete Hierarchie zugrunde liegt. Sie können den öffentlichen Frieden gefährden – und im schlimmsten Fall einzelne Personen und Gruppen.

Die Bekämpfung rechtsextremer Straftaten ist deshalb eine wichtige Aufgabe der Polizei. Diesen Straftaten geht häufig ein längerer Radikalisierungsprozess voraus, der an den individuellen Vorurteilen der Täter ansetzen kann. Wie verbreitet Vorurteile, aber auch Teile rechtsextremer Gesinnung in allen Teilen der Gesellschaft sind, wird im Folgenden ebenso dargestellt wie die Gründe für dieses Phänomen. Rechtsextreme Ideologen knüpfen an derartigen Haltungen an. Ihr Ziel ist, vorhandene Ressentiments und Stimmungen zu politisieren, zu einem rechtsextremen Menschen- und Weltbild auszubauen sowie entsprechende Standpunkte gesellschaftsfähig zu machen. Wo sie Erfolg haben, verliert die Demokratie an Rückhalt. Rechtsextreme Aktivistinnen und Aktivisten fühlen sich zudem in ihrer Wahrnehmung bestärkt, lediglich diejenigen zu sein, die das tun und aussprechen, was eine angebliche, schweigende Mehrheit des Volkes denkt oder wünscht. Als Exekutoren des vermeintlichen Volkswillens sehen sie sich legitimiert, ihren Hass auf scheinbar Andersartige voll auszuleben. Die Vorbeugung solcher Radikalisierungsdynamiken ist deshalb ebenfalls eine zentrale Herausforderung in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus.

2. Formen des organisierten Rechtsextremismus

Die Verfassungsschutzbehörden bezeichnen jene politischen Bestrebungen als extremistisch, die sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung richten und diese außer Kraft setzen oder beseitigen wollen. Zu den Organisationen und Gruppen, die in diesem Sinne als rechtsextremistisch eingestuft und entsprechend von den Verfassungsschutzbehörden beobachtet werden, gehören unter anderem die NPD und die in Hamburg nicht vertretene Partei „Die Rechte“ sowie neonazistische Kameradschaften und Aktionsgruppen, zu denen auch die sogenannten Autonomen Nationalisten zählen. Sie bilden den politisch besonders aktiven Kern des organisierten Rechtsextremismus. Daneben existiert eine rechtsextremistische Subkultur, die seit Anfang der 1990er-Jahre von der Skinhead-Bewegung geprägt wurde, sich seit einigen Jahren jedoch deutlich gewandelt hat. Neben klassischen Skinheads gehören der subkulturell geprägten Szene auch Anhänger anderer rechtsextremistischer Jugendkulturen sowie weitere, überwiegend gewaltorientierte rechtsextremistische Einzelpersonen an. Angehörige dieser Szene bedienen sich zwar häufig nationalsozialistischer Symbolik, verfügen jedoch über eine insgesamt distanzierte Haltung gegenüber politischen Organisationen. Weit verbreitet sind rassistische, fremdenfeindliche und zum Teil antisemitische Einstellungen. Kennzeichnend für diese Szene ist das Ausleben eines rechtsextremen Lebensgefühls, zu dem neben Rockmusik mit rechtsextremistischen Texten auch starker Alkoholkonsum und

szenetypische Straftaten gehören. Es gibt sowohl Schnittmengen dieser Subkultur mit der neonazistischen Szene als auch einzelne Verbindungen zur Hooligan-Szene und ins Rocker-Milieu.

Neben den genannten Parteien, den Neonazis und der subkulturell geprägten Szene existieren zahlreiche weitere Vereine, Gruppen, Einrichtungen und Initiativen, die sich in ihrer politisch-ideologischen Ausrichtung, ihren Agitationsthemen sowie hinsichtlich Größe, Bedeutung und Aktionsradius unterscheiden. Einige von ihnen sind Bestandteil der rechtsextremistischen Szene in Hamburg oder verfügen hier über Anhänger. Hierzu gehören unter anderem die nur in Hamburg aktive „Pennale Burschenschaft Chattia Friedberg zu Hamburg“ (PB! Chattia), die „Artgemeinschaft – Germanische Glaubens-Gemeinschaft wesensmäßiger Lebensgestaltung e.V.“ (Artgemeinschaft-GGG), die „Europäische Aktion“ (EA) und das „Deutsche Rechtsbüro“ (DRB). Darüber hinaus gibt es Gruppen und Vereinigungen, bei denen der Nachweis rechtsextremistischer Zielsetzungen nicht sicher geführt werden kann.

Die NPD ist gegenwärtig die einzige bundesweit aktive rechtsextremistische Partei in Deutschland. Sie vertritt aggressiv-fremdenfeindliche, rassistische und antisemitische Positionen und versteht sich als Fundamentalopposition zum herrschenden „System“. Einige Landesverbände, darunter auch der Hamburger, sind mittlerweile fest in der Hand von Aktivisten auf Bundesebene, die aus der Neonazi-Szene stammen.

In den letzten Jahren hat sich das Verhältnis zwischen Partei und freien Aktivisten deutlich verschlechtert. Trotz des Versuchs, sich unter dem Schlagwort „seriöse Radikalität“ vom Image einer neonazistischen und gewaltaffinen Skandalpartei zu lösen, ist die NPD weiter im Abwärtstrend. Außer mit schwindendem Wählerzuspruch und sinkenden Mitgliederzahlen ist die NPD auch mit erheblichen finanziellen Problemen konfrontiert.

Zu dem Teil der Hamburger Neonazi-Szene, der seit 2006 nicht in die NPD eingetreten ist, gehört der sogenannte „Kameradenkreis Neonazis in Hamburg“. Dieser bildet den Überrest der in den 1990er-Jahren nach dem Konzept der „Freien Nationalisten“ gebildeten neonazistischen Strukturen in Hamburg. Nach dem Verbot der Hamburger Kleinpartei „Nationale te“ (NL) sollte der Verzicht auf feste Organisationsformen weitere Verbote verhindern. Mangels eigenem Wirkungsvermögen arbeitet die Gruppe seit einigen Jahren eng mit dem Hamburger Landesverband der NPD zusammen.

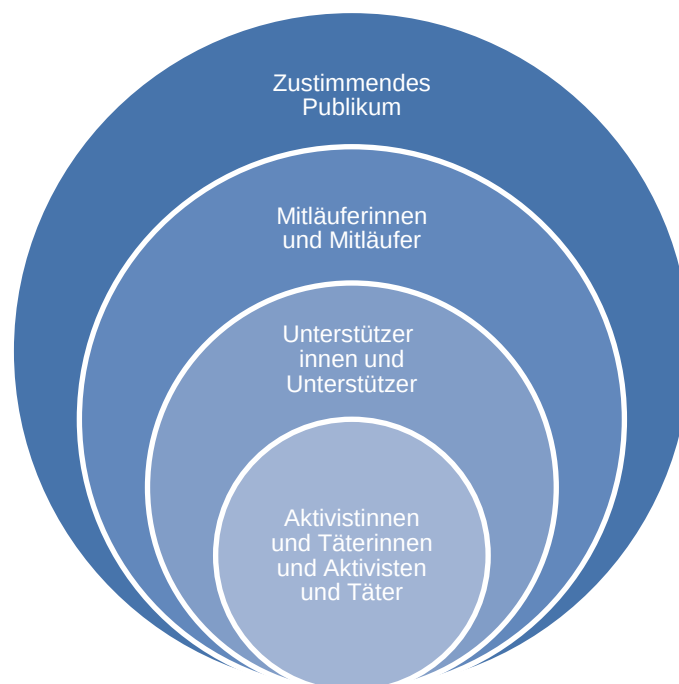
Die zweite in Hamburg aktive neonazistische Gruppierung „Weisse Wölfe Terrorcrew“ (WWT) wurde 2008 ursprünglich als Fangruppe der gleichnamigen Skinhead-Band „Weisse fe“ gegründet. Sie bestand zunächst überwiegend aus neonazistisch orientierten Skinheads, die 2008 und 2009 in Hamburg wiederholt durch rechtsextremistische Straf- und Gewalttaten in Erscheinung traten. 2010 musste der informelle Anführer der Gruppe wegen Widerstands gegen Polizeibeamte und vorsätzlicher Körperverletzung in zwei Fällen eine vierzehnmonatige Haftstrafe antreten. Im Frühjahr 2011 wurde die Gruppe in zum Teil veränderter personeller Zusammensetzung reaktiviert. Seitdem tritt sie unter dem Namen „Hamburger Nationalkollektiv & Weisse Wölfe Terrorcrew“ (HNK & WWT) auf. Im Vergleich zu den Anfangsjahren hat sich die Gruppe von einer losen Verbindung gewaltbereiter Skinheads zu einer Aktionsgruppe mit politischem Anspruch entwickelt und betrachtet sich selbst als Teil der autonomen nationalen Szene. Die meisten Mitglieder werden nach wie vor als gewaltbereit eingeschätzt. Durch aggressives Auftreten bei Demonstrationen und durch offensive Propagandaaktionen versucht die Gruppe jüngere und aktionsbereite Aktivisten an sich zu binden. Die Mitglieder dieser

Gruppe sind immer wieder im Fokus zahlreicher Ermittlungsverfahren und polizeilicher Maßnahmen.

Rechtsextremisten und rechtsextremistische Strömungen und Gruppierungen versuchen Ängste und Vorbehalte gegenüber dem Islam als neues Agitationsthema zu nutzen. Zu diesem Zweck verbreiten sie die These einer Bedrohung „christlicher“ bzw. „abendländischer Werte“ in Europa durch Überfremdung und Islamisierung. Vornehmlich im Internet präsente und sich ausbreitende Gruppierungen wie die „German Defence League“ und die „Identitäre Bewegung Deutschland“ gehören ebenfalls zu den neuen Bewegungen, die gegen eine angebliche Islamisierung kämpfen und die Bewahrung der eigenen nationalen und kulturellen Identität propagieren.

Für die Präventions- und Interventionsarbeit ist es sinnvoll, die rechtsextremen Akteurinnen und Akteure nach ihrem Organisationsgrad beziehungsweise ihrer Handlungsintensität zu unterscheiden. Das folgende Schema verdeutlicht diese Differenzierung und betont zugleich die ideologische Gemeinsamkeit.

Abbildung 1 - Handlungsintensität



Gegenmaßnahmen sollten entsprechend differenziert sein, d.h. orientiert an Akteursgruppen, lokalen Gegebenheiten und aktuellen Anlässen. Darüber hinaus müssen sie berücksichtigen, dass Rechtsextremismus und rechtsextremistische Strömungen eine möglichst hohe Zustimmung der Bevölkerung benötigen. Vorurteile sind ihr „Lebenselixier“ und bieten Gelegenheiten zur ideologischen Erweiterung.

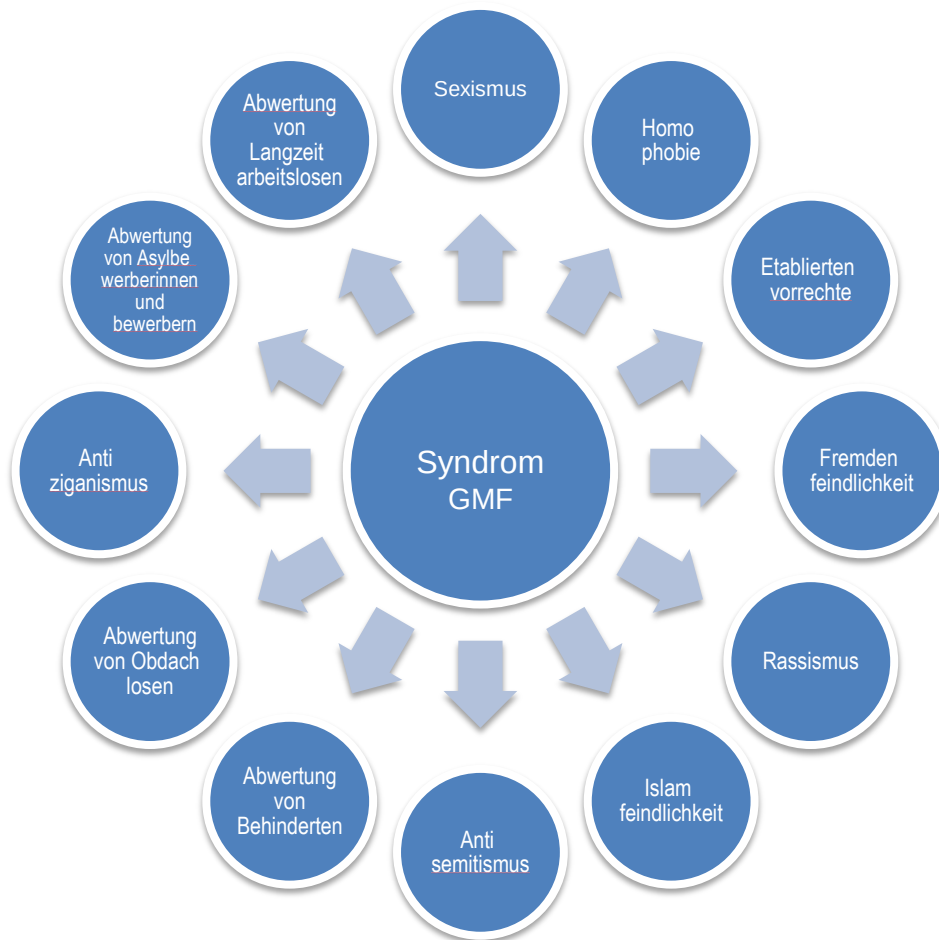
3. Menschenfeindliche Einstellungen in der Gesellschaft

Ob und inwieweit rechtsextremes Gedankengut bis in die Mitte der Gesellschaft hinein akzeptiert ist – ggf. auch ohne dass dies den befragten Personen explizit bewusst ist – ist seit Langem Gegenstand intensiver Forschung. Über mehrere Jahre hinweg und auf die Analyse von Zusammenhängen und Ursachen angelegt sind die Studien der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) sowie des Bielefelder Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG). Sie

identifizieren übereinstimmend verschiedene Formen der Menschenfeindlichkeit in der Gesellschaft. Das IKG interpretiert diese einzelnen Erscheinungsformen als einheitliches „Syndrom Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (GMF)“. Dieser Begriff soll verdeutlichen, dass es sich bei den aufgeführten Haltungen nicht um individuelle Misanthropien handelt, sondern um eine prinzipielle negative Abgrenzung zu Fremdgruppen, denen in Gänze bestimmte Eigenschaften zugeschrieben werden. Die jeweiligen Gruppenmitglieder werden abgewertet, d.h. diese Menschen werden als minderwertiger erachtet als andere Menschen. Die Theorie zur GMF geht davon aus, dass die jeweiligen Ausprägungen miteinander zusammenhängen und einen gemeinsamen Kern besitzen – die Ideologie der Ungleichwertigkeit und damit die ideologische Basis des Rechtsextremismus.

Das folgende Schaubild illustriert diese Annahmen:

Abbildung 2 - Ausprägungen der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit



Einige der Begriffe bedürfen der näheren Erläuterung bzw. Abgrenzung:

Ausprägung	Erläuterung
Ausländer- bzw. Fremdenfeindlichkeit	Abwertung von Menschen, die als ethnisch oder kulturell fremd gelten
Rassismus	Abwertung von Menschen mit der Begründung einer angeblichen natürlichen/biologischen Minderwertigkeit dieser Fremdgruppe
Antisemitismus	Judenfeindschaft in allen Formen (siehe Abschnitt II.1)
Islamfeindlichkeit	Pauschale Ablehnung und Abwertung aller Muslime und ihrer Kultur
Homophobie	Feindselige Einstellungen gegenüber Homosexuellen wegen deren anderen sexuellen Verhaltens sowie die Verweigerung gleicher Rechte
Antiziganismus	Abwertung von Sinti und Roma
Etabliertenvorrechte	Vorrangstellung von Alteingesessenen gegenüber Neuankömmlingen

Quelle: jeweils IKG

Aktuellen Studienreihen zufolge⁶

- stimmt ca. ein Viertel aller Befragten ausländischerfeindlichen Aussagen zu,
- ist fast die Hälfte der Befragten der Meinung, es würden zu viele Ausländer in Deutschland leben,
- äußern sich 36 % der Befragten feindselig gegenüber Muslimen,
- finden 13-16 % der Befragten, Juden hätten in Deutschland zu viel Einfluss,
- halten 15-16 % der Befragten Homosexualität für unmoralisch.

Aufschlussreich sind hierbei die Unterschiede bezogen auf soziodemographische Merkmale wie Alter, Geschlecht, Bildungsgrad und Einkommen der Befragten. So befürworteten Personen mit Hochschulreife seltener rechtsextreme Aussagen als Personen ohne Abitur; Männer stimmten häufiger rechtsextremen Aussagen zu als Frauen; zudem haben Befragte über 60 Jahren in allen Kategorien rechtsextremer Ideologie die höchsten Zustimmungswerte. Auch bezogen auf die Erwerbssituation ist ein klarer Zusammenhang erkennbar: Arbeitslose weisen die höchsten Werte bei Ausländerfeindlichkeit und Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur auf. Auffällig ist allerdings auch, dass deutlich mehr Ausländerinnen und Ausländer antisemitische und autoritäre Haltungen äußerten als Deutsche mit oder ohne Migrationshintergrund (zu Ursachen und weiteren Studien siehe Wetzel 2012).

Das IKG untersuchte die Zusammenhänge noch etwas differenzierter:

- Rassismus ist demnach stark von Macht- und Dominanzmotiven geprägt.⁷
- Die Unterstützung fremdenfeindlicher Positionen ist vor allem bei jenen vorhanden, die nur über ein geringes Bildungsniveau verfügen, eine autoritaristische Grundhaltung sowie eine soziale Dominanzorientierung haben (vgl. Abschnitt II.4). Wer die gesellschaftlichen Zustände als ungeordnet und verunsichernd wahrnehme, versuche womöglich durch Abdrängen von Hinzugekommenen wieder ein Gefühl der Kontrolle und Orientierung herzustellen, so die Interpretation der Autoren. Menschen mit Migrationshintergrund werden zudem im Falle einer prekären Wahrnehmung eigener Chancen am Arbeitsmarkt als Konkurrenten wahrgenommen und abgewertet.⁸
- In den alten Bundesländern sind die Ausprägungen geringer als in den neuen Bundesländern.
- Bemerkenswert ist die Gemeinsamkeit bei der Abwertung von Juden und Menschen mit Behinderung: „Beide Gruppen werden zurückgewiesen, weil sie angeblich zu viel einfordern“.⁹ Diese Haltung ist bei Männern und älteren Befragten stärker ausgeprägt.
- Die Feindseligkeit gegenüber Obdachlosen und Asylbewerberinnen und -bewerbern nimmt mit höherem Einkommen zu; ansonsten sind hier ähnliche Beweggründe wie bei den anderen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit relevant.

⁶ Die Prozentwerte beziehen sich auf Umfragen aus den Jahren 2009-2012; seit Beginn der Studien ist die Höhe der Ausländerfeindlichkeit recht konstant, Homophobie leicht rückläufig und Islamfeindlichkeit ansteigend. Vgl. hierzu im Einzelnen Decker/Kiess/Brähler (2012) und Heitmeyer (2012).

⁷ Vgl. Zick/Hövermann/Krause 2012: 73ff.

⁸ Vgl. Mansel/Christ/Heitmeyer 2012: 105ff.

⁹ Zick/Hövermann/Krause 2012: 81.

Das IKG konnte zudem belegen, dass die angenommen Zusammenhänge zwischen den einzelnen GMF-Formen tatsächlich existieren. Wer also beispielsweise fremdenfeindliche Einstellungen äußert, vertritt mit einiger Wahrscheinlichkeit auch sexistische oder homophobe Einstellungen.

Neben den beschriebenen ideologischen Gemeinsamkeiten zwischen einem Teil der Gesellschaft und ihrem rechtsextremen Rand sind für eine Bekämpfungsstrategie auch die Unterschiede bedeutsam:

Eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung lehnt Gewalt ebenso entschieden ab wie den Nationalsozialismus. Außerdem ist sie in ihren Einstellungen ambivalent. So sind zwar Vorurteile gegenüber Fremden weit verbreitet, zugleich stößt die kulturelle Vielfalt aber auf sehr hohe Zustimmung. In der Folge sind viele Bürgerinnen und Bürger etwa in Zuwanderungsfragen hin- und hergerissen. „An diesen Spannungen setzt rechtsextremistisches Gedankengut an und löst die Ambivalenzen einseitig in Richtung Dominanzinteressen und Abschottungspolitik auf [...]“.¹⁰

Differenzierte Aussagen zu den Bundesländern finden sich in den Studien nur vereinzelt. Der FES-Studie von 2008 zufolge haben die Befragten in Hamburg bundesweit mit 13,6% die geringste Zustimmung zur Ausländerfeindlichkeit gezeigt. Entsprechend weist Hamburg in den IKG-Studien den niedrigsten Mittelwert bei der Fremdenfeindlichkeit auf. Auch dies zeigt – wie schon die Darstellung des organisierten Rechtsextremismus in Hamburg und ohne die Situation verharmlosen zu wollen –, dass Hamburg weit davon entfernt ist, eine „Hochburg“ des Rechtsextremismus zu sein.

4. Ursachen

Einstellungen entstehen vor allem durch soziale Erfahrungen – über direktes Erleben, Hörensagen oder die Medien. Ihre Einflussfaktoren lassen sich danach unterscheiden, ob sie primär in der jeweiligen Persönlichkeit zu finden sind, die unmittelbare Umgebung betreffen oder eher in gesellschaftlichen Entwicklungen liegen. Warum jemand rechtsextreme Denkmuster übernimmt oder gar Aktivistin oder Aktivist wird, lässt sich letztlich aber nur anhand der jeweiligen Biographie klären.

a) Psychologische Einflussfaktoren

- Ausgangsthese ist, dass alle Menschen ein positives Selbstbild anstreben und sich zugleich in erheblichem Maße über ihre Gruppenzugehörigkeit definieren (Soziale Identitätstheorie nach Tajfel/Turner 1986). Sie bewerten die eigene Gruppe stets im Verhältnis und in Abgrenzung zu anderen Gruppen, wobei im Vergleich die eigene Gruppe möglichst besser abschneiden soll. Subjektive Wahrnehmungen von äußeren Bedrohungen erzeugen bei Gruppenmitgliedern abwertendes oder diskriminierendes Verhalten gegenüber Fremdgruppen. Diese Abläufe sind in allen Teilen der Gesellschaft zu beobachten, etwa bei Konkurrenz um Moralvorstellungen oder Arbeitsplätze. Im Rechtsextremismus werden sie noch deutlicher sichtbar – im schlimmsten Fall in Form von Übergriffen. Studien zufolge nehmen zudem Vorurteile bei Menschen zu, deren Eigengruppe real oder scheinbar gegenüber anderen Gruppen benachteiligt wird.

¹⁰ Rommelspacher 2011: 50.

- Ein zweiter bedeutsamer Faktor ist das Selbstwertgefühl, das z.B. durch sozialen Abstieg, Arbeitslosigkeit oder auch nur das subjektive Gefühl von Benachteiligung der angegriffen wird. So können etwaige Minderwertigkeitsvorstellungen dadurch kompensiert bzw. gelindert werden, dass man ohne eigene Leistung und bloß durch das eigene Sein („aufrechter Deutscher“ bzw. Angehöriger der „arischen Rasse“) etwas Besonderes zu sein scheint und höherwertig als andere.
- Daneben gilt in der Forschung auch eine von Autoritarismus geprägte Persönlichkeit als besonders einflussreich bei der Entstehung von Rechtsextremismus. Gemeint ist eine gänzlich unkritische Haltung gegenüber bestehenden Ordnungen, eine hohe Anerkennung von Macht. Als psychologischer Hintergrund gelten eine Ich-Schwäche sowie ein Gefühl weitreichender Macht- und Einflusslosigkeit.
- Jeder Mensch hat überdies das Bedürfnis nach Zugehörigkeit, persönlicher Nähe und Anerkennung. Im Rechtsextremismus wird dies gezielt ausgenutzt. Das Kameradschaftserlebnis dort ist von enormem Reiz, der rechte Kameradenkreis dient mitunter sogar als Ersatzfamilie.
- Weil Menschen einander vertrauen wollen und daraus ein ausgeprägtes Sicherheitsbedürfnis resultieren kann, fördert krisenhafte Unsicherheit mitunter abwertende Einstellungen. In der Folge wird ein hartes Vorgehen gegen Abweichler und ein unbedingtes Durchsetzen von Recht und Ordnung gefordert.
- Außerdem wollen Menschen verstehen, was in ihrer sozialen Umwelt geschieht. Wenn zunächst unverständliche Veränderungen eintreten oder vertraute Werte zu verschwinden scheinen, kann die Abwertung bestimmter Gruppen die Folge sein. Radikale Eiferer und Populisten bieten hier für komplexe Sachverhalte und Probleme zumeist simple Erklärungen und Schuldzuweisungen.
- Schließlich streben Menschen nach Kontrolle: „Kontrolle bezeichnet das Bedürfnis, Verhalten und dessen Ergebnis als übereinstimmend wahrzunehmen, also sowohl eigenes Verhalten zu kontrollieren, als auch Einfluss darauf zu haben, wie andere sich verhalten“.¹¹ Manche Menschen entwickeln dabei ausgeprägte Macht- und Dominanzorientierungen, d.h. sie betrachten Gruppen in einer gesellschaftlichen Hierarchie, die sie durch Vorurteile absichern.

b) Sozialisationsinflüsse

- Übertragung von Vorurteilen durch die Eltern: Mutter und Vater sind in der Entwicklung Heranwachsender lange Zeit die wichtigsten Bezugspersonen. Entsprechend hoch ist auch ihr Einfluss auf die Einstellungen der Kinder sowie ihrer Haltung gegenüber ihrer sozialen Umwelt.
- Einen besonders hohen Einfluss hat der formale Bildungsgrad. Als Gründe für diesen starken Zusammenhang gelten das Wissen sowie eine höhere kognitive Komplexität und Flexibilität bei Menschen mit höheren Abschlüssen, die positiven Einfluss auf die Haltung zu Fremdem/Neuem, Wandlungsprozessen und Pluralismus

¹¹ Zick/Küpper/Hövermann 2011: 144.

haben sollen; zudem bestünden zwischen den Schulformen Unterschiede hinsichtlich der Betonung von Gehorsam, Eigeninitiative oder Engagement.¹²

- Mangelnder oder überwiegend negativer Kontakt zu Fremdgruppen: Studien zufolge entwickeln Kinder bereits im Alter zwischen fünf und sieben Jahren erste Stereotype (vgl. Raabe/Beelmann 2011). Ohne die ausgleichende, Differenzierung fördernde Wirkung von Kontakten mit als anders wahrgenommenen Menschen verfestigen sich diese Verallgemeinerungen. Interkulturelle Kontakte wirken zumeist der Verbreitung von Fremdenfeindlichkeit entgegen. So ist in von Vielfalt geprägten Großstädten wie Hamburg die Fremdenfeindlichkeit häufig geringer als in ländlichen Gebieten, in denen nur wenige Menschen mit Migrationshintergrund leben.
- Rechtsextreme Bekannte: Gerade bei Jugendlichen haben gleichaltrige Freunde („Peergroups“) hohen Einfluss auf die Einstellungen und Sichtweisen. Sie stellen dabei eher einen Übertragungsweg als eine Rechtsextremismus-Ursache im eigentlichen Sinn dar.

c) Auswirkungen gesellschaftlicher Entwicklungen

- Allgemeine gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Entwicklungen wie die Globalisierung oder zunehmende Zuwanderung können als bedrohlich wahrgenommen werden.
- Diese komplexen Entwicklungen können zu einer neuen Unübersichtlichkeit führen, die ein diffuses Gefühl der Verunsicherung und Orientierungslosigkeit auslöst bzw. noch allgemeiner als Folge von Modernisierungsprozessen.
- Insbesondere in wirtschaftlichen Krisenzeiten könnte auch eine Ökonomisierung aller Lebensbereiche zur verstärkten Abwertung bestimmter Gruppen führen. Eine entsprechende Hypothese könnte lauten: Je dominanter das Konkurrenzprinzip und Nützlichkeitsbegründungen generell sind, desto höher die Wahrscheinlichkeit, dass auch einzelne Gruppen als Rivalen oder aber als mehr oder weniger nützlich angesehen werden.¹³

5. Schlussfolgerungen

Zivilgesellschaft und Staat engagieren sich bereits in hohem Maße für ein von Toleranz und Solidarität geprägtes Zusammenleben. Der Senat setzt sich dafür ein, dass diese Haltung noch mehr unterstützt und gefördert wird. Eine erfolgreiche Strategie zur Bekämpfung von Rechtsextremismus kann sich nicht auf die konsequente Strafverfolgung beschränken, sondern muss an seinen Ursachen ansetzen. Denn „Rechtsextremisten kommen ohne Wahlerfolge aus, aber nicht ohne Rückhalt in der Gesellschaft“ (Prof. Heitmeyer). Die Theorie zur gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit findet in Wissenschaft und Praxis hohe Zustimmung. Sie bietet für das Landesprogramm einen konsistenten Ansatz zur Bekämpfung des organisierten Rechtsextremismus und seines möglichen gesellschaftlichen Nährbodens.

Rechtsextremen Taten gehen menschenfeindliche Einstellungen voraus und stehen den Grundsätzen eines toleranten und demokratischen Zusammenlebens entgegen. Staat und

¹² Vgl. im Einzelnen Wahl et al. 2005: 25ff.

¹³ Empirische Hinweise finden sich u.a. bei Heitmeyer/Endrikat 2008 und Gross/Gundlach/Heitmeyer 2010.

Gesellschaft sollten daher immer dann intervenieren, wenn Vorurteile politisiert werden, z.B. bei Sündenbock-Argumenten oder der Forderung, für bestimmte Personengruppen die Menschenrechte einzuschränken.

III. Konzeptioneller Rahmen

Das Landesprogramm ist in eine breit angelegte Strategie eingebettet und zielt mit weiteren Konzepten und Programmen darauf ab, Zusammenhalt und Toleranz in der Gesellschaft zu fördern und zu stärken. Das Landesprogramm ist bzw. wird insbesondere mit den folgenden Konzepten abgestimmt und ergänzt sie auf sinnvolle Weise:

Abbildung3 - Zusammenwirken verschiedener Handlungsstrategie



Integrationskonzept

Das neue Integrationskonzept des Senats „Teilhabe, Interkulturelle Öffnung und Zusammenhalt“ (Drs. 20/7049, Februar 2013) richtet sich an alle Teile der Gesellschaft und betont drei Aspekte: Willkommenskultur, Vielfalt und Zusammenhalt. Jede und Jeder gehört zu unserer Gesellschaft und soll uneingeschränkt an allen Bereichen menschlichen Lebens teilhaben können. Außerdem verstärkt der Senat seine Bemühungen zum Abbau individueller und struktureller Diskriminierungen. Zudem soll eine Befragung Aufschluss darüber geben, wie Menschen unterschiedlicher sozialer Herkunft, mit und ohne Migrationshintergrund das Zusammenleben in Hamburg wahrnehmen und gegebenenfalls mit feindseligen Mentalitäten konfrontiert sind. In diese Studie sollen auch Fragen zur oben beschriebenen Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit einfließen.

Engagementstrategie

Eine aktive Bürgergesellschaft hat für den Erhalt von Pluralismus und Demokratie eine grundlegende Bedeutung. Das gilt in besonderem Maße für die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus. In Hamburg engagiert sich eine Vielzahl von Initiativen, Bündnissen und Einzelpersonen gegen rechtsextreme Ideologie, gegen Ausgrenzung, Diskriminierung und menschenverachtende Hetze mit Aufklärungsarbeit, Argumentationsstärke und Zivilcourage. Ohne Anspruch auf Vollständigkeit sind hier zu nennen: das Hamburger Bündnis gegen Rechts, Laut gegen Nazis e.V., die Barmbeker Initiative gegen Rechts, das Bramfelder Bündnis gegen

Rechts, Anwohner/-innen Initiative in der Jarrestadt, Finkenwerder Initiative gegen Rechts sowie die Förderer des Bertini-Preises. Ein bemerkenswertes Engagement für Integration und Toleranz zeigen auch viele Sportvereine und der Hamburger Sportbund.

Derzeit entwickelt die BASFI gemeinsamen mit Akteuren der Zivilgesellschaft ein bereichs- und behördenübergreifend angelegtes Konzept zur Weiterentwicklung des bürgerschaftlichen Engagements. Eckpunkte sind u.a.: Neue Zugangswege und Zielgruppen, Aus- und Fortbildung, Internet, Social Media und Freiwilligen-Survey, Anerkennungskultur, Fördersystematik der Freiwilligendienste. In einem auch hier breit angelegten Beteiligungsverfahren werden 2013 engagierte Bürgerinnen und Bürger, Akteure der Zivilgesellschaft, der Wirtschaft, der Stiftungen und der Behörden zur Mitarbeit an diesem Entwicklungsprozess eingeladen.

Antidiskriminierungsstrategie

Maßnahmen zum Abbau von Vorurteilen und Diskriminierung einerseits sowie Menschenrechts- und Demokratieerziehung andererseits sind wirkungsvolle Elemente in der Bekämpfung von Rechtsextremismus und jeder Form feindseliger Haltungen gegen Menschen aufgrund ihrer Zuordnung zu bestimmten Gruppen.

Diskriminierungen, die sich an unterschiedliche Merkmale von Menschen knüpfen, sind in allen Ausprägungen verfassungsrechtlich unzulässig und auch der § 1 des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) ist darauf ausgerichtet, rassistische Diskriminierungen oder jene aufgrund der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Lebensalters oder der sexuellen Identität zu verhindern oder zu beseitigen.

Auf diese Herausforderungen muss der Staat reagieren, indem er Maßnahmen gegen Diskriminierung in den einzelnen Politikbereichen und Fachbehörden aufeinander abstimmt – etwa in der Öffentlichkeits- und Beratungstätigkeit, in der Programm- und Konzeptionsarbeit, aber auch im Bereich der Leistungserbringung, der Rechtssetzung und -durchsetzung. Dieses ergänzt präventive Maßnahmen in Kindertagesstätten und Schulen, die fremdenfeindlichen und diskriminierenden Einstellungen von Anfang an entgegenwirken sollen. Politische Bildungsarbeit und Fortbildungsmaßnahmen sind weitere wichtige Eckpfeiler.

Entsprechende systematische Strategien verfolgen das Integrationskonzept (Forderung einer umfassenden Interkulturellen Öffnung der Verwaltung und ihrer Angebote) und das Gleichstellungspolitische Rahmenprogramm (im Hinblick auf Geschlechtergerechtigkeit). Zu Letzterem gehört auch die verstärkte Auseinandersetzung mit Herausforderungen, die sich aus der sogenannten „Vielfalt der sexuellen Orientierungen und Variabilität geschlechtlicher Identitäten“ (Titel des derzeit zu erarbeitenden Strategiepapiers der Behörde für Justiz und Gleichstellung) ergeben. Auch im Handlungsfeld „Bekämpfung von Rechtsextremismus“ werden Maßnahmen zur Förderung der Vielfalt und Maßnahmen zum Abbau von Diskriminierung miteinander verknüpft. Dazu gehört, das Anliegen der „Charta der Vielfalt“ umzusetzen, der sich die Freie und Hansestadt Hamburg am 10. November 2008 angeschlossen hat. Darin verpflichten sich die Charta-Unterzeichner, die Vielfalt ihrer Belegschaft, Kundschaft, Geschäftspartner, Bürgerinnen und Bürger anzuerkennen, zu wertschätzen und zu fördern – unabhängig von Alter, Geschlecht, Behinderung, Religion, Nationalität, ethnischer Herkunft, sexueller Orientierung und Identität.

Der Senat verstärkt seine Bemühungen im Rahmen einer umfassenden Antidiskriminierungsstrategie (Drs. 20/6658 vom 4. Februar 2013). Die wesentlichen Maßnahmen in diesem Handlungsfeld wurden in einer Antwort auf die Schriftliche Kleine Anfrage „Was tut der Senat für die

Bekämpfung rassistischer Diskriminierung“ (Drs. 20/5200 vom 6. September 2012) dargestellt – darunter insbesondere die Aktivitäten des Landesinstituts für Lehrerbildung (LI) mit seinen umfangreichen Fortbildungs- und Beratungsmöglichkeiten sowie der Beratungsstelle Interkulturelle Erziehung des LI.

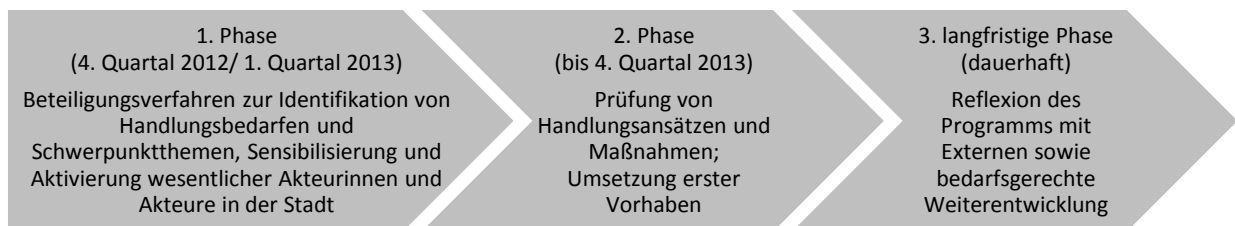
In seinem Integrationskonzept hat der Senat bereits zugesichert, das Angebot einer qualifizierten Antidiskriminierungsberatung zu Diskriminierungen aufgrund des Migrationshintergrundes sicherzustellen. Zurzeit prüft die BASFI, inwieweit die Integrationszentren die Antidiskriminierungsberatung anbieten können.

IV. Beteiligungsverfahren

In der Stadt gibt es zahlreiche Initiativen, Gremien, Expertinnen und Experten, deren Mitwirkung am Landesprogramm von hohem Wert ist – sei es, dass sie Fachwissen zur Thematik besitzen, sich engagiert mit dem Thema auseinandersetzen und viel bewegen oder durch anderweitige Umstände davon berührt sind. Es entspricht daher dem diesem Konzept zugrunde liegenden Gedanken des gemeinsamen Handelns, dass Personen und Organisationen von vornherein an der Entwicklung und im Weiteren an der Umsetzung des Landesprogramms beteiligt wurden. Die Beteiligung trug zudem zur Sensibilisierung und Aktivierung bei.

Das Erarbeitungs- und Umsetzungsverfahren bezüglich des Landesprogramms wird mit nachfolgender Grafik veranschaulicht:

Abbildung 3 - Beteiligungsphasen



In der ersten Phase wurden Handlungsbedarfe und sich daraus ergebene Schwerpunktthemen mit zahlreichen Institutionen und Gruppen diskutiert. Ziel war dabei, möglichst viele Perspektiven, Erfahrungen und Fachkenntnisse einzubeziehen. In einer zweiten Phase wurden sich daraus ergebene Handlungsansätze und mögliche Maßnahmen von Fachbehörden und Ämtern diskutiert und z.T. aufgenommen. Anschließend sollen in einem kontinuierlichen Prozess der Erfolg überprüft und vorhandene Maßnahmen künftigen Herausforderungen entsprechend weiterentwickelt bzw. ergänzt werden. Der Beteiligungsprozess wird in Phase 3 fortgesetzt. Insbesondere sollen vor Ort – in Kooperation mit den Bezirksämtern und nichtstaatlichen Organisationen – noch Bürgerdialoge geführt werden. Zudem ist eine Jugendkonferenz geplant.

Im Rahmen des Beteiligungsverfahrens wurden u.a. Gespräche mit folgenden Akteurinnen und Akteuren geführt:

- Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus,
- Gremium der Erstunterzeichnerinnen und -unterzeichner von „Hamburg bekennt Farbe“,
- Hamburger Integrationsbeirat,
- Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler,

- Mobiles Beratungsteam gegen Rechtsextremismus Hamburg,
- Hamburger Bündnis gegen Rechts und Laut gegen Nazis e.V.
- Fachöffentlichkeit und interessierte Bürgerinnen und Bürger im Rahmen eines Dialogforums anlässlich der Internationalen Wochen gegen Rassismus,
- interessierte Bürgerinnen und Bürger im Rahmen einer Online-Befragung auf Facebook und Hamburg.de.

Ungeachtet ihrer Vielfalt stimmten die Gesprächspartnerinnen und -partner in zahlreichen Aspekten überein. Wesentliche Anregungen sind demnach:

1. gezielt gegen alltägliche Anfeindungen vorzugehen;
2. verstärkte interkulturelle Schulungen der öffentlichen Verwaltung und Einführung eines Beschwerdemanagements;
3. Bildungsmaßnahmen zu Demokratie allgemein (u.a. auch durch Gelegenheiten zur Erfahrung zur Selbstwirksamkeit) sowie speziell zu Rechtsextremismus im Internet;
4. bestehende Aktionen unterstützen;
5. statt auf kurzfristige Modellprojekte zu setzen lieber nachhaltige Strukturen fördern;
6. sowohl für Opfer rechter Gewalt als auch für potenzielle Aussteiger muss es passende Angebote geben;
7. klare Ablehnung gegenüber Rechtsextremismus deutlich machen, z.B. im Unternehmen, beim Sport, durch Hausordnungen, Leitbilder etc.;
8. Gelegenheiten zum gesellschaftlichen Austausch zu fördern;
9. Aufklärungsarbeit in Betrieben etc., mehr über rechtsextreme Ideologie aufzuklären;
10. Menschenverachtung auch bei Menschen mit Migrationshintergrund zu bekämpfen;
11. fachliche Unterstützung von Ehrenamtlichen und Vereinen;
12. gezielter an den unter II.4 genannten Ursachen ansetzen.

Die meisten dieser Punkte sind als maßgeblich für das Landesprogramm anzusehen. Auf sie wird im Einzelnen im folgenden Abschnitt näher eingegangen. Anregung Nr. 2 bearbeitet der Senat bereits im Rahmen des genannten Integrationskonzepts (vgl. nächste Seite). Die Anregung Nr. 10 wird im Rahmen des Ansatzes gegen Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit bearbeitet.

V. Handlungsschwerpunkte

Aus der skizzierten Ausgangslage und der Ursachenanalyse sowie den zahlreichen Gesprächen im Rahmen des Beteiligungsverfahrens ergeben sich vier Schwerpunkte, auf die sich der Senat bei der Vorbeugung und Bekämpfung von Rechtsextremismus konzentrieren wird und die den aktuellen Herausforderungen entsprechend den Kern des Landesprogramms bilden. Diese stehen weitgehend im Einklang mit den Erkenntnissen und Schlussfolgerungen des NSU-Untersuchungsausschusses des Deutschen Bundestages (Drs. 17/14600). Hierbei stehen präventive und intervenierende Aktivitäten im Mittelpunkt. Unterschieden werden bestehende, beispielhafte Maßnahmen, die sich bewährt haben und ggf. verstärkt werden sollen, sowie künftig zu verfolgende Ansätze.

1. Anfeindungen im öffentlichen Raum begegnen und Vorurteilen vorbeugen

Ziel: Die Öffentlichkeit ist nachhaltig sensibilisiert, mittelfristig ist ein Rückgang bei der Wahrnehmung von Ressentiments und Anfeindungen zu verzeichnen.

Obwohl Hamburg eine Stadt ist, die Vielfalt schätzt und schützt, erleben auch hier einzelne Bevölkerungsgruppen im Alltag Ressentiments und Anfeindungen. Dies wurde u.a. im Beteiligungsverfahren deutlich. Wie eingangs erwähnt fällt dem Staat gegenüber der Zivilgesellschaft lediglich eine Motivator- und Unterstützerrolle zu. Erschwerend kommt hinzu, dass sich trotz aller Anstrengungen verinnerlichte Einstellungen allenfalls langsam ändern lassen. Umso wichtiger ist die Vorbeugung. Zur Prävention eignen sich Maßnahmen, die das Erleben von Gleichwertigkeit ermöglichen, Vorurteile früh auflösen und über diese aufklären sowie allgemein den Zusammenhalt stärken. Dabei gilt der Grundsatz, dass Demokratie nicht nur eine Regierungsform ist, sondern im positivsten Sinne eine Gesellschaftsform und Alltagskultur, die vor Ort in der Nachbarschaft, in der Freizeit, am Arbeitsplatz, in der Verwaltung und in der gesamten Öffentlichkeit gelebt wird.

Zu diesem Handlungsfeld kann das Rahmenprogramm Integrierte Stadtteilentwicklung (RISE) einen Beitrag leisten. Das von der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) gesteuerte Programm, das den Einsatz von Mitteln der Stadtteilentwicklung in benachteiligte Quartiere regelt, hat als Ziel, Hamburg als gerechte und lebenswerte Stadt weiterzuentwickeln. Zu den Leitziele zählt insbesondere die „Stärkung der Mitwirkungsmöglichkeiten und der Eigenaktivität der Bürgerinnen und Bürger“. Es wird die Möglichkeit für Beteiligung an der Gestaltung des eigenen Lebensumfeldes und des Engagements vor Ort geschaffen. Die Beteiligungsmöglichkeiten sind sowohl projektbezogen (Arbeitsgruppen) als auch quartiersbezogen (z.B. Stadtteilbeiräte). Die Themen Engagement für die Gemeinschaft, Integration und Antidiskriminierung werden hier bereits berücksichtigt.

Im Bereich der öffentlichen Verwaltung geht der Senat entschlossen gegen Diskriminierung und Intoleranz vor. Alle Behörden und Ämter sind dazu angehalten, Interkulturalität und Antidiskriminierung in hohem Maße zu berücksichtigen. Zentrale Maßnahmen sind hierbei die Interkulturelle Öffnung, Fortbildungen sowie ein verbessertes Beschwerdemanagement (vgl. Hamburger Integrationskonzept Drs. 20/7049).

Bewährte Maßnahmen

- **Qualifizierungsmaßnahmen** in Abstimmung mit Fortbildungsträgern der Stadt: Hierzu gehören Fortbildungen für alle Beschäftigten der Stadt Hamburg beim Zentrum für Aus- und Fortbildung, sozialpädagogische Fortbildungen sowie Fortbildungen bei Polizei und Feuerwehr. Das Hamburger Netzwerk „Lehrkräfte mit te“ am LI leistet Einzelberatung für Referendarinnen und Referendare und Lehrkräfte mit Migrationshintergrund, die auch die Antidiskriminierungsberatung umfasst, und bearbeitet auf seinen Veranstaltungen Erfahrungen aus dem schulischen Alltag im thematischen Spektrum von Diskriminierung, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit.
- **Trainingsprogramme:** In Zusammenarbeit mit freien Trägern der politischen Bildung und Weiterbildung bietet die LI-Beratungsstelle Interkulturelle Erziehung Trainingsprogramme zum Umgang mit Vorurteilen und Diskriminierung sowie zur Demokratieerziehung an.

- **VHS-Kurse:** In ihrem Offenen Programm bietet die Volkshochschule (VHS) laufend Kurse der politischen Bildung an. Darunter sind stets auch Veranstaltungen zu Rechtsextremismus, Antisemitismus und Fundamentalismus. Dabei geht es immer auch darum, über Vorurteile und ihre Funktion aufzuklären mit dem Ziel, sie abzubauen und Menschen darin zu stärken, aktiv gegen alle Formen des Rechtsextremismus einzutreten. Bei aktuellen politischen Anlässen lädt die Volkshochschule Erwachsene ein zur vertieften Auseinandersetzung mit ideologiegeschichtlichen Hintergründen, historischen Kontexten oder gesellschaftspolitischen Konzepten, so z.B. mit Veranstaltungen zu „aktueller rechtsextremer Propaganda“.
- **Erinnerungskultur:** In Hamburg wird in vielfältiger Weise an die Zeit des Nationalsozialismus und die Opfer des NS-Regimes erinnert. Besonders zeugt die Pflege von Gedenkstätten vom Bedeutungszuwachs der Erinnerungskultur. An zahlreichen historischen Orten, die von Verfolgung und Leid in den Jahren 1933 bis 1945 zeugen, befinden sich heute in Hamburg Gedenkstätten: auf dem Gelände einstiger Verfolgungsorte und Lager ebenso wie an Stätten jüdischer Geschichte sowie an Orten, die den Schrecken des Bombenkrieges dokumentieren. Mit dem Verlust derjenigen, die aus eigenem Erleben berichten können, wird den Orten zukünftig noch stärker die Aufgabe zuwachsen, die sichtbare Erinnerung und das geschichtliche Vermächtnis zu bewahren. Gemäß eines Beschlusses der Hamburgischen Bürgerschaft vom 21. November 2007 (Drs. 18/6962) sieht das am 10. November 2009 vom Senat vorgelegte „Gesamtkonzept für Orte des Gedenkens an die Zeit des Nationalsozialismus 1933 – 1945 in Hamburg“ (Drs. 19/4555) für die KZ-Gedenkstätte Neuengamme eine „zentrale Rolle“ vor. Dieses entspricht der historischen Bedeutung des Konzentrationslagers Neuengamme, das mit über 100.000 Häftlingen und ca. 50.000 Toten eines der KZ-Hauptlager war, wie dem Professionalisierungsgrad der Gedenkstätte als zeitgeschichtlichem Museum und moderner Bildungseinrichtung.
- **Geschichtswerkstätten:** Seit nunmehr 30 Jahren arbeiten Geschichtswerkstätten in Hamburg. Die Geschichtswerkstätten gestalten ihre Projektarbeit in den jeweiligen Stadtteilen im engen Kontakt mit ihren Bewohnerinnen und Bewohnern. In der thematischen Orientierung ist die Aufarbeitung des Nationalsozialismus und die besondere Aufmerksamkeit für die Verfolgung und Vernichtung von Menschen neben anderen sozial- und kulturgeschichtlichen Themen ein zentrales Anliegen. Dabei geht es den Geschichtswerkstätten über die Ausleuchtung historischer Dimensionen hinaus darum, nachwachsenden Generationen Zugänge zu historischen Ereignissen zu eröffnen und sie auf dieser Grundlage im Sinne einer Orientierung auf demokratische Grundwerte auf ein achtsames und respektvolles Miteinander von Generationen, Glaubensrichtungen, politischen Grundhaltungen und kultureller Milieus einzustimmen.
- **Cop4U – „Cop4U – Einsatz bei Sachverhalten im Zusammenhang mit Rechtsextremismus:** Bei Vorfällen im Zusammenhang mit rechtsextremistischen Handlungen an Schulen sind die Cop4U die ersten polizeilichen Ansprechpartner für die jeweiligen Schulen. Sie nehmen als Vertreter des örtlichen Polizeikommissariats den Sachverhalt auf und leiten ihn zur Klärung an die Staatsschutzabteilung des Landeskriminalamtes weiter. Daneben stehen die Cop4U vor Ort Schülerinnen und Schülern sowie Lehrerinnen und Lehrern vertrauensvoll zur Seite, führen in Abstimmung mit dem Staatsschutz ggf. Aufklärungsgespräche und begleiten mögliche Folgemaßnahmen.

- **Einstellungsoffensive** für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Migrationshintergrund: Die Polizei Hamburg betreibt seit 1994 eine aktive Personalwerbung mit dem Ziel, Menschen mit nichtdeutscher Muttersprache und Erfahrungen in anderen Kulturkreisen als Polizeivollzugsbeamte zu gewinnen. Derzeit haben 312 Polizeibeamte einen Migrationshintergrund (Stand Mitte 2013). Im Jahr 2012 lag bei den Neueinstellungen der Anteil der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Migrationshintergrund bei rund 16 % (Zielwert 20 %, dieser gilt für alle Ausbildungsgänge der hamburgischen Verwaltung).
- **Veranstaltungsreihe „Vielfalt in der Stadt: Kultur, Religion, Ethnie“:** Die Landeszentrale für politische Bildung bietet jährlich Veranstaltungen an, die über die in Hamburg vertretenen migrantischen Communities sowie über deren Herkunftsländer Informationen vermitteln. Dabei wird auch auf die ethnische, kulturelle und religiöse Vielfalt innerhalb der Communities Rücksicht genommen.
- **Veranstaltungen und Materialien zu den „Stolpersteinen“:** Vor Häusern in nahezu allen Stadtteilen erinnern mittlerweile über 4.000 Stolpersteine an Hamburgerinnen und Hamburger, die in der NS-Zeit ermordet wurden. Die Steine sind wertvolle Objekte der öffentlichen Auseinandersetzung mit der Geschichte. Die Landeszentrale für politische Bildung nutzt sie zur weiteren Erinnerungsarbeit, u.a. mit einer Publikationsreihe zu den Biographien der Opfer, einer Datenbank unter www.stolpersteine-hamburg.de sowie mit umfangreichem didaktischem Material, abrufbar für Lehrkräfte unter www.stolpersteine-bildungssteine.de.

Ergänzende Ansätze

- **Bevölkerungsumfrage:** Bislang existieren für Hamburg noch keine aussagekräftigen Daten zu menschenfeindlichen Einstellungen. Eine repräsentative Befragung soll erstmals Aufschluss geben über die Qualität des Zusammenlebens, über Diskriminierungen und Ressentiments. Diese von der BASFI in Auftrag gegebene Studie soll somit eine bessere Planungsgrundlage für Präventionsarbeit schaffen.
- **Förderung von zivilgesellschaftlich organisierten Projekten** gegen Rechtsextremismus, menschenfeindliche Einstellungen und Diskriminierung sowie zur Stärkung demokratischen Bewusstseins im Sinne der Modellprojekte des Bundesprogrammes „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“. Dies können beispielsweise Zivilcourage- und Argumentationstrainings gegen rechtsextreme Parolen, demokratiefördernde und perspektiveröffnende Angebote speziell für Menschen aus bildungsfernen Milieus sowie Maßnahmen zu Antisemitismus in der Einwanderungsgesellschaft sein. Hintergrund ist, dass im Rahmen des Bundesprogrammes bundesweit mehr als 50 regional verortete Projekte gefördert werden - mangels Ko-Finanzierung jedoch keine in Hamburg. Zur Unterstützung von entsprechenden Vorhaben stellt die BASFI für das Haushaltsjahr 2014 nun 100.000 € bereit. Eine Förderrichtlinie wird erarbeitet, um entsprechende Projekte umzusetzen – sollte das Bundesprogramm nicht fortgeführt werden, auch losgelöst davon.
- **Durchführung einer jährlichen Fachtagung** zu Inhalten rechtsextremer Ideologie sowie Erscheinungsformen des modernen Rechtsextremismus, zu pädagogischen Konzepten des Umgangs mit Rechtsextremismus etc. Hierfür stellt die BASFI für das Haushaltsjahr 2014 insgesamt 10.000 € bereit.

- **Verstärkter Kampf gegen Rechtsextremismus und Vorurteile im Internet:** Zum öffentlichen Raum ist längst auch das Internet zu zählen. Die von den Ländern finanzierte Einrichtung Jugendschutz.net geht seit Jahren erfolgreich gegen einschlägige Netzinhalte vor (vgl. auch nächster Abschnitt). Darüber hinaus verstärken die Behörden die Bekämpfung des Rechtsextremismus im Internet. Die Ende 2011 auf Bundesebene im Rahmen des „Gemeinsamen Abwehrzentrums gegen Rechtsextremismus/ Rechtsterrorismus“ (GAR) etablierte Organisationseinheit „Koordinierte Internetauswertung Rechtsextremismus (KIAR)“ recherchiert rechtsextremistische Sachverhalte und dient auch der Identifizierung von Seiten mit strafrechtlich relevanten Inhalten. Diese werden an die Strafverfolgungsbehörden übermittelt. Dieser Ansatz ist zu verstetigen.

2. Kinder und Jugendliche fördern und sensibilisieren

Ziele: Kinder nehmen früh und systematisch an Toleranzförderung teil. Jugendliche erkennen menschenverachtende Argumentationen und können souverän damit umgehen.

Toleranzförderung im Sinne des ersten Handlungsschwerpunkts beginnt bereits bei kleinen Kindern, wenn sie in Kindertageseinrichtungen unbefangen auf andere Kinder unterschiedlicher Herkunft treffen. Sie setzt sich in der Schule als zentralem Präventionsort fort. Im Mittelpunkt stehen hier zudem Einfühlungsvermögen und die sogenannte Selbstwirksamkeit (vgl. Abschnitt II.4 zu den Ursachen von Rechtsextremismus). Partizipative Aktionen geben Kindern und Jugendlichen die Gelegenheit, auf Prozesse, Entscheidungen und Ergebnisse Einfluss zu nehmen und etwas zu bewirken. Entsprechende Maßnahmen appellieren an ihre Einsicht, überlassen es ihrem Urteilsvermögen und vertrauen ihrer Reife, eine eigene demokratische Haltung zu entwickeln und diese nach außen zu vertreten. Eine zentrale Rolle spielt zudem der Erwerb interkultureller Kompetenz sowie der Akzeptanz von Vielfalt. Entsprechend sind beispielsweise für die Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit interkulturelle und integrative Ausrichtung grundlegend (vgl. Globalrichtlinie GR J 2/10).

Auch das Rahmenprogramm Integrierte Stadtteilentwicklung (RISE) der BSU hat unter anderem die „Verbesserung der Entwicklungsperspektiven für die Menschen in den Bereichen Bildung, Beschäftigung, Wirtschaft und Integration“ als Leitziel. Da in den Fördergebieten überdurchschnittlich viele Kinder und Jugendliche – oftmals aus eher bildungsfernen Haushalten – leben, sind sie eine wesentliche Zielgruppe für entsprechende Maßnahmen, die dann präventiv einen Beitrag zu Integration und für mehr Toleranz im Zusammenleben leisten.

Des Weiteren müssen insbesondere Jugendliche lernen, extremistische Inhalte im Internet als solche zu erkennen. Das Medium spielt eine wichtige Rolle sowohl bei der Rekrutierung und individuellen Radikalisierung als auch bei der Vorbereitung von Straftaten und deren Ausführung. Insbesondere soziale Netzwerke und Videoplattformen werden zunehmend von Rechtsextremen genutzt, um ihr Gedankengut zu verbreiten. Studien zufolge ist jeder fünfte bis vierte Jugendliche bereits im Netz mit rechtsextremen Inhalten konfrontiert worden (vgl. Glaser/Schneider 2012: 41). Die zuständige Einrichtung Jugendschutz.net verzeichnete 2012 rund 7.000 rechtsextreme Angebote – eine Steigerung um 50 % gegenüber dem Vorjahr. Der größte Teil davon (5.500) entfiel auf soziale Netzwerke wie Facebook, Youtube und Twitter.

Bewährte Maßnahmen

Schon in der frühkindlichen Bildung wird anhand partizipativer Ansätze das Demokratie- und Toleranzverständnis gefördert. Grundlage hierfür sind die Hamburger Bildungsempfehlungen

für die Bildung und Erziehung von Kindern in Tageseinrichtungen. Darüber hinaus sind in Vorschulen, Schulen, Jugendverbänden und -einrichtungen sowie im Sport Demokratieförderung und Rechtsextremismus-Bekämpfung seit Jahren integrale Bestandteile der pädagogischen Arbeit.

Der Hamburger Sportbund hat dabei den Grundsatz religiöser und weltanschaulicher Toleranz und das entschiedene Eintreten gegen rassistische, verfassungs- und fremdenfeindlichen Bestrebungen sogar in seine Satzung aufgenommen. Die Hamburger Sportjugend bietet Fortbildungen an wie z.B. „Was tun? – Sportliche Jugendarbeit für Vielfalt und Toleranz – Rote Karte gegen Neonazis und Rassismus“ und „Konstruktiver Umgang mit Konflikten und Gewalt im Mannschaftssport“ sowie die Projektreihe „Straßenfußball für Toleranz“.

Die demokratiepädagogische Schulentwicklung setzt auf verbindliche Partizipationsstandards (Klassenrat, Kinderkonferenz, Schülerfeedback für Lehrkräfte). Ebenso findet die Prävention gegen rechtsextreme und andere menschenverachtende Einstellungen und Haltungen in allen Altersstufen in vielfältiger Weise statt. An den Berufsbildenden Schulen steuert beispielsweise der Rahmenplan Wirtschaft und Gesellschaft zu vermittelnde Unterrichtsinhalte. Dazu gehören Module zur demokratischen Willensbildung, zum kritischen Umgang mit Medieninhalten, Werte und Lebensplanung (u.a. auch Empathie und Zivilcourage) sowie das tolerante Zusammenleben in einer multikulturellen Gesellschaft.

In der Lehrerbildung und Schulentwicklung fördert das LI auf der Grundlage der Hamburger Bildungspläne die Entwicklung demokratischer Handlungskompetenzen mit einem vielseitigen Angebot von demokratiepädagogischen Maßnahmen. Diese dienen sowohl der Befähigung zur Verantwortungsübernahme im Sinne einer Aktivbürgerschaft als auch zur Auseinandersetzung mit menschenrechts- und demokratiefeindlichen Ideologien und Strömungen. Zur Verwirklichung dieser Ziele arbeiten die schulischen Bildungseinrichtungen mit anderen Trägern und Initiativen der demokratischen Kultur zusammen, z.B. mit Hochschulen, Stiftungen, Kammern. Eine wichtige Säule bildet dabei die Erinnerungskultur mit ihrem großen Spektrum von Einrichtungen in der Hansestadt.

- **Veranstaltungen und Materialien zu Rechtsextremismus und Antisemitismus:** Die Landeszentrale für politische Bildung fördert zahlreiche Projekte und Veranstaltungen zu den Themenbereichen Rechtsextremismus und Antisemitismus in Form von Zuwendungen an die anerkannten sowie an nicht anerkannte Stiftungen und Träger der politischen Bildung in Hamburg. Für deren Angebote hat die Landeszentrale unter politische-bildung-hamburg.de ein Kursportal eingerichtet. Dort werden alle Veranstaltungen aufgelistet. Die Landeszentrale stellt zudem in ihrem Infoladen gemeinsam mit dem Jugendinformationszentrum (JIZ) einschlägige Publikationen bereit. Das JIZ informiert zudem auf www.jugendserver-hamburg.de zum Thema. Es arbeitet zudem im Rahmen seiner Zuständigkeit für den gesetzlichen Jugendmedienschutz mit jugendschutz.net und der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (BPjM, u.a. Indizierung rechtsextremistischer Träger- und Telemedien) zusammen.

In der „Jungen Volkshochschule“ führen erfahrene Trainer regelmäßig Veranstaltungen mit Schülern und Jugendlichen durch zum Thema „Jugend gegen rechts“ oder „Mut gegen rechts“. Das Lernziel besteht darin, den jungen Menschen durch praktische Übungen in Zivilcourage und Aufklärung über die rechtsextremistische Jugendszene Möglichkeiten aufzuzeigen, sich aktiv damit auseinanderzusetzen und sich dagegen zur Wehr zu setzen. Kurse der „Zivilcourage gegen rechts“ stärken junge Menschen in

einem selbstbewussten Umgang mit antidemokratischen Ideologien und ihren Vertretern in der Jugendszene und sensibilisieren sie im Umgang mit menschenfeindlichen, antidemokratischen Ideologien.

- **Projekt „Wie wollt Ihr Euch erinnern?“:** Im Rahmen des von der Kulturbehörde, der KZ-Gedenkstätte Neuengamme und dem Landesjugendring Hamburg entwickelten Projektes haben Jugendliche an der Konzeption des geplanten Informations- und Dokumentationszentrums am ehemaligen Deportationsbahnhof Hannoverscher Bahnhof mitgewirkt und sich an der Entwicklung von pädagogischen Angeboten beteiligt. In sieben zweitägigen Workshops setzten sich die Jugendlichen in einer Mischung aus historischer Wissensvermittlung und kreativer Arbeit mit dem geplanten Informations- und Dokumentationszentrum auseinander mit dem Ziel, eigene Ideen und Vorschläge für die Vermittlung des historischen Geschehens an Besucherinnen und Besucher, insbesondere Jugendliche, zu entwickeln. Im Frühjahr 2013 ist das Projekt mit dem bundesweiten Preis des Bündnisses für Demokratie und Toleranz ausgezeichnet worden.
- **Ausstellung:** Das Hamburger Schulmuseum bietet für Schulen und Öffentlichkeit seine Dauerausstellung „Schule unterm Hakenkreuz und Neubeginn 1945“ an und veranstaltet begleitete Führungen, mit denen bei Kindern und Jugendlichen ein kritisches Verständnis vordemokratischer und totalitärer Schulsysteme gefördert werden soll. Zugleich veranstaltet das Schulmuseum Ausstellungen und Tagungen zur Aufklärung über den Rechtsextremismus der Gegenwart.
- **Rundgänge:** Bei den „alternativen Stadtrundfahrten“ des Landesjugendrings können Schulklassen und andere Gruppen das Angebot der politisch-historischen Jugendbildung buchen. Angeboten werden u.a. Rundfahrten zum jüdischen Leben am Grindel, Verfolgung und Widerstand in der NS-Zeit, „Stationen der Vernichtung“, Fußball im Dritten Reich oder zur Swing-Jugend. Die Landeszentrale für politische Bildung führt jährlich den szenischen Stadtrundgang „Wege nach Neuengamme“ durch die Hamburger Innenstadt durch. Dabei werden in szenischen Darstellungen die Leidenswege von NS-Opfern gezeigt. Näheres zu den für alle Bürgerinnen und Bürger angebotenen Rundgängen unter www.hamburg.de/politische-bildung.

Ergänzende Ansätze

- **Erscheinungsformen des Rechtsextremismus für die Lehrerbildung:** Der Umgang mit Vorurteilen sowie die Demokratieerziehung sind wesentliche Bestandteile der Lehrerbildung. Nationalsozialismus und Holocaust sind Pflichtthemen in den schulischen Bildungsplänen. Genauso wichtig ist jedoch, die Jugendlichen auf die Auseinandersetzung mit „modernen“ Erscheinungsformen des Rechtsextremismus vorzubereiten, die zum Teil in einem sehr geschickten Outfit verpackt sind.
- **Erhöhung der Medienkompetenz mit Blick auf Rechtsextremismus:** In Hamburg gibt es bereits zahlreiche Maßnahmen zur Sensibilisierung, Aufklärung und Information von Kindern und Jugendlichen zur Nutzung des Internets und zu seinen potenziellen Gefahren. Im Hinblick auf rechtsextreme Propagandastrategien im Internet erfolgt jedoch bisher noch keine systematische Aufklärung. Um einen umfassenden Überblick über Angebote zur Erhöhung der Medienkompetenz bei Kindern und Jugendlichen zu erhalten, erfolgt in Zuständigkeit der Behörde für Schule und Berufsbildung (BSB) eine

Bestandsaufnahme mit dem Ziel, rechtsextreme Propagandastrategien durchschaubar zu machen.

- **Neue Ausstiegshilfen:** Seit 2001 können sich ausstiegswillige Rechtsextreme mit dem Anliegen ihres Ausstiegs aus der Szene oder dem Wunsch nach einer entsprechenden Beratung unter der Hotline-Nummer 040/ 428 67 99 00 an die Hamburger Polizei wenden. Die Polizei fungiert dabei als Erstkontakt- und Vermittlungsstelle, von der die Anrufer je nach konkretem Anliegen zu Verfassungsschutz, Sozialdienststellen etc. verbunden oder verwiesen werden, die dann gezielte Beratung bieten. In Ergänzung zu diesem Angebot wird geprüft, ein niedrighschwelliges, sicherheitsbehörden-unabhängiges Angebot in freier Trägerschaft für rechtsaffine Jugendliche zu installieren, welches eine Hilfe „zum Einstieg in den Ausstieg“ bietet. Damit würde auf den Umstand reagiert, dass gerade der Einstieg von Jugendlichen in die rechtsextreme Szene ein schleichender Prozess ist. Hier soll eingeschritten werden, bevor sich die Betroffenen in ihrer politischen Orientierung sowie in der rechtsextremen Szene festigen.

Das Angebot soll die Module Beratung, Unterstützung, Bildung und inhaltliche Konfrontation mit den Einstellungs- und Handlungsmustern der Zielgruppe enthalten und niedrighschwellig sowie präventiv und aufsuchend ausgerichtet sein. Hierzu entwickelt die federführende BASFI in Abstimmung mit der BSB und der Behörde für Inneres und Sport (BIS) ein Konzept, welches Streetwork, Cliquen-, und Szene-Arbeit, Einzelfallhilfe und Projektangebote methodisch vereint. Es wird geprüft, inwieweit auch Ansätze wie das britische „Channel“-Konzept als Vorbild dienen können. Hierbei strebt ein Verbund staatlicher und zivilgesellschaftlicher Akteure eine frühzeitige gegenseitige Information und abgestimmte Intervention an.

Das Angebot soll durch einen Träger realisiert werden, der über entsprechende Expertise im Handlungsfeld Rechtsextremismus und Jugendhilfe verfügt (veranschlagte Summe: 40.000 €). Nach zweijähriger Tätigkeit sollen die Ergebnisse des Projekts und die Arbeit des Trägers überprüft werden. Da potenziell ausstiegswillige Rechtsextreme mitunter zögerlich gegenüber Sicherheitsbehörden sind, könnte im Erfolgsfall erwogen werden, diesem Träger als „neutrale“ Instanz auch die Verantwortung für die bisherige Aussteiger-Hotline zu übertragen. Eine zuverlässige Zusammenarbeit des Trägers mit Polizei und Verfassungsschutz wäre hierbei unabdingbar, insbesondere um die Glaubwürdigkeit des Ausstiegs zu gewährleisten.

3. Institutionen unterstützen und Betroffene stärken

Ziele: Mit Rechtsextremismus konfrontierte Institutionen sind in ihrer Handlungskompetenz gestärkt und kennen bestehende Beratungs- und Interventionsangebote. Beratungseinrichtungen sind für den Umgang mit Opfern rechtsextremer Attacken qualifiziert.

Nur wenige Einrichtungen und Gremien wappnen sich ohne Anlass für die Auseinandersetzung mit Rechtsextremen. Erfahrungen zeigen, dass sie mitunter überrascht und verunsichert sind, wenn es dann doch zu einer Konfrontation kommt. Rechtsextreme Kader wissen das und sind dafür geschult. In der Folge sollten auch Institutionen auf solche Auseinandersetzungen vorbereitet sein und sie couragiert führen. Ob das auf ein Teilnahmeverbot hinausläuft oder auf eine Diskussion nach demokratischen Spielregeln, hängt vom Einzelfall ab. Für die jeweili-

gen Akteurinnen und Akteure ist es wichtig zu erkennen, dass sie mit ihrer Situation nicht allein sind und es professionelle Unterstützung gibt.

Das gilt auch für die Opfer rechtsextremer Übergriffe und Anfeindungen. Der NSU-Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestags spricht sich in seinem Bericht fraktionsübergreifend dafür aus, auch in den alten Bundesländern flächendeckende Beratungsstrukturen zu etablieren. Einrichtungen der Hamburger Opferhilfe bieten Betroffenen rechtsextremer oder menschenverachtender Übergriffe psychosoziale Betreuung, Aufklärung und allgemeine Informationsvermittlung, Begleitung beispielsweise zu Gerichtsprozessen, Beratung über finanzielle Hilfen und von Angehörigen. Ein Erfahrungsaustausch von Opferberatungsstellen speziell mit Blick auf Rechtsextremismus findet zudem im Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus statt. Ein Expertenworkshop zu einer Studie der Hochschule für Angewandte Wissenschaft Hamburg (HAW) zum Beratungsangebot für Betroffene vorurteilsmotivierter Übergriffe (2013), der im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Verantwortung übernehmen im Norden“ durchgeführt wurde, ergab eine Reihe von Anregungen, die im folgenden Abschnitt „Ergänzende Ansätze“ aufgeführt sind.

Bewährte Maßnahmen

- **Mobiles Beratungsteam gegen Rechtsextremismus (MBT):** An das Mobile Beratungsteam können sich alle Bürgerinnen und Bürger sowie Organisationen richten, die mit Rechtsextremismus in Hamburg konfrontiert sind. Das Angebot umfasst eine kurzfristige, systemische und lösungsorientierte Beratung. Das Beratungsteam wird zudem bei rechtsextremen, antisemitischen oder fremdenfeindlichen Vorfällen selbst tätig und bietet Unterstützung an. Bei Bedarf kann das Beratungsteam auch für allgemeine Informationen oder für Veranstaltungen, zum Beispiel in Schulen, angesprochen werden. Besondere Bedeutung kommt dabei der Qualifizierung staatlicher und nicht-staatlicher Institutionen zu. Für diese politische Bildungsarbeit des Beratungsteams ist die Kooperation zwischen der DGB-Jugend Nord und Arbeit und Leben Hamburg als Projektträger eine wichtige Ressource. Das MBT ist erreichbar über die Landeskoordinierungsstelle des Beratungsnetzwerkes, Tel. 040/42863-3625 und bnw-hamburg@lawaetz.de.

Das MBT wie auch die Koordinierungsleistungen für das landesweite Beratungsnetzwerk werden aus dem Bundesprogramm „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ finanziert. Die BASFI akquiriert daraus jährlich regulär 250.000 € (2012 und 2013 280.000 €) und trägt dabei einen Eigenanteil i.H.v. 50.000 €. Die aktuelle dreijährige Förderperiode läuft Ende 2013 aus, das zuständige Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) hat bereits eine Weiterfinanzierung bis Ende 2014 zugesichert, die Mittel der Komplementärfinanzierung des Landes sind im Haushalt 2013/2014 eingestellt.

- **Lokale Aktionspläne:** In den Bezirken Hamburg-Mitte (St. Georg/ Borgfelde) und Altona (Lurup/Osdorf) gibt es Lokale Aktionspläne, die dazu beitragen, die Vielfalt, Toleranz und Demokratie vor Ort zu stärken. Dabei arbeiten die Bezirksämter und lokale Akteure der Zivilgesellschaft – von Kirchen über Vereine und Verbände bis hin zu engagierten Bürgerinnen und Bürgern – eng zusammen und entwickeln gemeinsam eine Strategie für Toleranz und Vielfalt, für demokratisches Handeln und gegen rechtsextreme, fremdenfeindliche sowie antisemitische Tendenzen im Bezirk und Stadtteil. So wirkt dieses dichte Netzwerk der demokratischen Kräfte der Ausbreitung rechtsextremen Gedankenguts in der Region entgegen. Beispiele sind das fortgesetzte Projekt

„New Faces - Interkulturell, jugendkulturell und über Generationen hinweg gegen Antisemitismus in der Einwanderungsgesellschaft“ oder das von der VHS aktuell durchgeführte Projekt „Demokratie in der Familie“ in Osdorf.

Ergänzende Ansätze

- **Verstetigung der bestehenden Lokalen Aktionspläne und Öffentlichkeitsarbeit für bestehende Angebote:** In RISE-Gebieten können dabei bereits etablierte Netzwerke und Gremien der Integrierten Stadtteilentwicklung zur Partizipation, Vernetzung und Kommunikation einbezogen werden. Die BASFI wird zudem geeignete lokale Gremien gezielt informieren, so etwa die bezirklichen Arbeitsgemeinschaften nach §78 des SGB VIII.
- **Werbung für weitere Lokale Aktionspläne:** Die BASFI wird interessierte Bezirksämter darin unterstützen, in der nächsten Förderperiode des Bundesprogramms „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ Lokale Aktionspläne im Sinne des Programms zu erarbeiten und die entsprechenden Programm-Mittel zu akquirieren.
- **Qualifizierung der Opferberatungsstellen:**
 - Verbesserte Öffentlichkeitsarbeit durch Profilschärfung und übersichtliche Gestaltung der Angebote.
 - Sensibilisierung von Einrichtungen im sozialen Nahraum wie der Behindertenhilfe, Jugendzentren, Mütter-Kind-Zentren, Schulen, Einrichtungen für Schwule; Lesben und Transgender u.a. mit dem Ziel, sie bei möglichem Beratungsbedarf an die Opferberatungsstellen zu verweisen.
 - Aufbauend auf den bestehenden Kooperations- und Vernetzungsstrukturen im Opferschutz wird die Kooperation und Vernetzung zwischen Opferhilfeeinrichtungen, dem MBT sowie Einrichtungen für Lesben, Schwule und Transgender, der Behindertenhilfe und Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe verbessert
 - Auf den Ergebnissen der HAW-Studie aufbauend werden in Abstimmung mit den Trägern von Opferberatungsstellen und anderen Beratungseinrichtungen die Handlungsbedarfe weiter konkretisiert und umgesetzt.
 - Für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren insbesondere in Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe und des Opferschutzes sollen Fortbildungen angeboten werden zu Themen wie Symbole der rechtsextremen Szene, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, Argumentationstechniken gegen rechte Parolen, Überblick über regionale Beratungsangebote für eine Verweisberatung u.a. Dafür stellt die BASFI im Haushaltsjahr 2014 10.000 € zur Verfügung.

4. Vernetzung fördern, Kompetenzen bündeln

Ziel: Möglichst umfassende Erfassung von und Austausch über Aktivitäten und Angebote für demokratische Kultur.

Die Erfahrungen mit dem BNW haben gezeigt, wie wichtig Vernetzung und konzertiertes Vorgehen sind. Courage erfordert keine Heldentaten Einzelner – wirkungsvoller ist die Kooperation verschiedener Professionen. Deshalb sollen bestehende und neue Maßnahmen noch besser aufeinander abgestimmt und der Informationsaustausch intensiviert werden. Hierzu gehört

auch die umfassende Erfassung von Aktivitäten und Angeboten für demokratische Kultur und gegen Rechtsextremismus in Hamburg mittels einer Online-Datenbank.

In den RISE - Fördergebieten ist der Aufbau von Vernetzungsstrukturen unter den Akteuren fester Bestandteil der Gebietsentwicklung. Diese können auch für die Vernetzung und Bündelung von Kompetenzen zur Stärkung demokratischer Kultur und gegen Rechtsextremismus genutzt werden. Ein Ansatz dafür ist die Einbeziehung unterschiedlicher auf diesem Gebiet tätiger Akteure in die Stadtteilrunden vor Ort.

Bewährte Maßnahme

Beratungsnetzwerk: Das BNW versteht sich als ein Runder Tisch, an dem mehr als 40 Partner – Organisationen der Zivilgesellschaft, freie Träger und Behörden – vertrauensvoll zusammenarbeiten, um Informationen, Erfahrungen und fachlichen Rat auszutauschen sowie über wirksame Maßnahmen gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus zu beraten. Das Beratungsnetzwerk tagt mindestens viermal im Jahr. Eine breite Streuung der darin vertretenden Institutionen und die damit einhergehende multiprofessionelle und interdisziplinäre Zusammensetzung zeichnen das Netzwerk aus. Neben dem Mobilen Beratungsteam ist das Beratungsnetzwerk ein zentraler Ansprechpartner bei der Organisation und Bekanntmachung von Veranstaltungen für demokratische Kultur und gegen Rechtsextremismus. Das BNW wurde im Jahr 2008 im Rahmen eines Vorläuferprogramms des jetzigen Bundesprogramms „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ initiiert. Die Funktion der Landeskoordinierungsstelle des Netzwerkes ist bei der Johann Daniel Lawaetz-Stiftung angesiedelt. Weitere Informationen zu dem Netzwerk sind unter www.hamburg.de/beratungsnetzwerk abrufbar.

Ergänzende Ansätze

- **Nord-Länder-Verbund „Verantwortung übernehmen im Norden“:** Am 18. April 2013 war Hamburg erstmalig Mitveranstalter der im Jahresturnus stattfindenden Fachtagung „Verantwortung übernehmen im Norden“. Hierbei handelt es um eine gemeinsame Veranstaltungsreihe des Rates für Kriminalitätsverhütung Schleswig-Holstein, des Rates für Kriminalitätsverhütung Mecklenburg-Vorpommern, des DGB Nord und des Landespräventionsrates Niedersachsen. Sie findet seit dem Jahr 2000 statt und beinhaltet vor allem die Vorstellung politischer Strategien zur Bekämpfung von Rechtsextremismus. Ziel ist es, den Informationsaustausch zwischen den norddeutschen Bundesländern sowie zwischen der Fachöffentlichkeit zu fördern, um so das Netzwerk präventiver Arbeit zu stärken. Im Jahr 2014 wird Hamburg erneut Gastgeber der Fachtagung sein und die federführende Veranstaltungsorganisation übernehmen.
- **Kooperationsvereinbarungen:** Teile der rechtsextremen Szene sind länderübergreifend vernetzt. Daher sollten Austausch und Zusammenarbeit der Bundesländer intensiviert werden. Mit den benachbarten Bundesländern werden Kooperationsvereinbarungen bezüglich einer anlassbezogenen gemeinsamen Öffentlichkeits- und Demokratiebildungsarbeit getroffen. Dieses ist insbesondere im Zusammenhang mit länderübergreifenden Beratungsfällen sinnvoll, die von den jeweiligen Mobilen Beratungsteams bearbeitet werden. Im Rahmen einer gemeinsamen Kabinettsitzung mit dem Land Schleswig-Holstein ist im September 2013 eine solche Vereinbarung zwischen der BASFI und dem dort zuständigen Kriminalpräventionsrat beim Innenministerium bereits getroffen worden.

VI. Umsetzung und Verstetigung

Vor allem präventive Maßnahmen brauchen Zeit, um verlässlich Wirkung zu erzielen. Das Landesprogramm ist daher mit vielen seiner Maßnahmen auf Langfristigkeit ausgelegt, jedoch mit dem Anspruch einer raschen und im Alltag spürbaren Umsetzung.

Um die Kontinuität und den Erfolg von Maßnahmen sicherzustellen und deren Qualität zu gewährleisten, wird die BASFI regelmäßig den Erfolg der Maßnahmen überprüfen. Dies erfolgt allerdings nicht in Form eines Kennzahlen-Controllings, sondern in jährlichen Fachgesprächen, die von der BASFI im Rahmen der bestehenden Personalressourcen organisiert werden. Wie in Kapitel IV. ausgeführt, erachtet der Senat die Diskussion mit und Beteiligung von relevanten Einrichtungen und Behörden auch über die Erstellung des Landesprogramms hinaus als wesentlich für die Verstetigung des Engagements für demokratische Kultur und die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus. Einbezogen werden sollen ausdrücklich alle Zielgruppen und Einrichtungen, die von den Ausprägungen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit betroffen sind.

Die BASFI unterrichtet die begleitenden Gremien regelmäßig über den aktuellen Stand der Umsetzung. Eine besondere Bedeutung kommt in diesem Zusammenhang dem Kreis der Erstunterzeichnerinnen und -unterzeichner des Aufrufes „Hamburg bekennt Farbe“ vom 2. Juni 2012 (Anlage I und II) sowie dem BNW zu (Anlage III). Mit diesen beiden Gremien soll das Landesprogramm mindestens einmal jährlich reflektiert werden, um es bedarfsgerecht weiterzuentwickeln und auf aktuelle Problemlagen sowie Handlungsbedarfe verlässlich und zeitnah zu reagieren. Das Landesprogramm soll so immer wieder Anstoß für die Auseinandersetzung auf staatlicher und zivilgesellschaftlicher Ebene mit den Themen Rechtsextremismus und Menschenverachtung sowie Förderung demokratischer Kultur sein.

Für die Verstetigung von Maßnahmen zur Stärkung der Demokratie ist die Beteiligung des Bundes unerlässlich. Es ist daher ein gutes Signal des NSU-Untersuchungsausschusses des Deutschen Bundestages, dass sich alle Fraktionen für ein höheres Fördervolumen des Bundesprogramms „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ aussprechen.

VII. Quellennachweis

Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar (Hg.): Die Mitte im Umbruch, Bonn 2012.

Glaser, Stefan/Schneider, Christiane, 2012: Zielgruppe Jugend: Rechtsextreme im Social Web, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 18-19, S. 40-46.

Gross, Eva/Gundlach, Julia/Heitmeyer, Wilhelm, 2010: Die Ökonomisierung der Gesellschaft. Ein Nährboden für Menschenfeindlichkeit in oberen Status- und Einkommensgruppen, in: Heitmeyer, Wilhelm (Hg.): Deutsche Zustände 9, S. 138-157.

Heitmeyer, Wilhelm (Hg.), 2010: Deutsche Zustände. Folge 9. Frankfurt am Main.

Heitmeyer, Wilhelm (Hg.), 2012: Deutsche Zustände. Folge 10. Berlin.

Heitmeyer, Wilhelm/Endrikat, Kirsten, 2008: Die Ökonomisierung des Sozialen. Folgen für „Überflüssige“ und „Nutzlose“, in: Heitmeyer, Wilhelm (Hg.): Deutsche Zustände 6, S. 55-72.

Mansel, Jürgen/Christ, Oliver/Heitmeyer, Wilhelm (2012): Der Effekt der Prekarisierung auf fremdenfeindliche Einstellungen. Ergebnisse aus einem Drei-Wellen-Panel und zehn jährlichen Surveys, in: Heitmeyer, Wilhelm (Hg.), 2012: Deutsche Zustände. Folge 10. Berlin, S. 105-128.

Raabe, Tobias/Beelmann, Andreas, 2011: Development of Ethnic, Racial, and National Prejudice in Childhood and Adolescence: A Multinational Meta-Analysis of Age Differences, in: Child Development (82), S. 1715–1737.

Rommelspacher, Birgit, 2011: Ambivalente Beziehungen: Die ‚Mitte‘ der Gesellschaft und der ‚te‘ Rand?, in: Robertson- von Trotha, Caroline Y. (Hg.): Rechtsextremismus in Deutschland und Europa. Baden-Baden, S. 47-55.

Schneiders, Thorsten Gerald (Hg.), 2012: Verhärtete Fronten. Der schwere Weg zu einer vernünftigen Islamkritik. Wiesbaden.

Stöss, Richard, 2010: Rechtsextremismus im Wandel. Berlin.

Tajfel, Henri/Turner, John C., 1986: The social identity theory of intergroup behavior, in: Worchel, Stephen/Austin, William G. (Hg.): Psychology of intergroup relations. Chicago, S. 7-24.

Wahl, Klaus/Ottinger-Gaßebner, Martina/Kleinert, Corinna/Renninger, Suzann-Viola, 2005: Entwicklungs- und Sozialisationsbedingungen für Toleranz, in: Bertelsmann-Stiftung, Bertelsmann Forschungsgruppe Politik (Hrsg.), Strategien gegen Rechtsextremismus. Band 1: Ergebnisse der Recherche. Gütersloh, S. 16-79.

Wetzel, Juliane, 2012: Moderner Antisemitismus unter Muslimen in Deutschland, in: Schneiders, Thorsten Gerald (Hg.): Verhärtete Fronten. Der schwere Weg zu einer vernünftigen Islamkritik. Wiesbaden, S. 243-257.

Zick, Andreas/Küpper, Beate/Hövermann, Andreas, 2011: Die Abwertung der Anderen. Eine europäische Zustandsbeschreibung zu Intoleranz, Vorurteilen und Diskriminierung. Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin.

Zick, Andreas/Hövermann, Andreas/Krause, Daniela, 2012: Die Abwertung von Ungleichwertigen. Erklärung und Prüfung eines erweiterten Syndroms der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit, in: Heitmeyer (2012), S. 64-86.